

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten freins Haus monatlich 120 Mark Einzelverkaufspreis 5,00 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 16,00 Mark, Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15,00 Mark, Reklamen 50,00 Mark, Beilagengebühren 1000 Stk., 250 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf 926.

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 234.

Freitag, 6. Oktober 1922.

29. Jahrgang.

Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 6. Oktober.

Aus Sowjetrußland kommt eine merkwürdige Nachricht. Der Exekutivauschuß des Sowjets hat die allgemeine Wehrpflicht verkündet. Wehrpflichtig sind nach diesem Gesetz alle Männer zwischen 20 und 40 Jahren; der aktive Dienst beträgt bei der Fußtruppe 18 Monate, bei allen anderen Landtruppen 30 Monate, bei der Marine aber 4½ Jahre.

Damit ist das kommunistische Rußland auch offiziell in die Reihe der großen Militärstaaten eingetreten. In Wirklichkeit gehört es schon lange dazu; unterhält es doch ein stehendes Heer in gleicher Größe wie einst der Zar.

Ist die russische Entwicklung nicht interessant? Vom detaillierten Pazifismus über den radikalsten Kommunismus zum imperialistischen Militarismus!

Die Ausgabe für Heer und Marine macht in Rußland über ein Drittel der Gesamtausgaben aus; und mit der fortschreitenden Verdünnung der Staatsfinanzen steigt dieser relative Anteil mehr und mehr. Schulen, Krankenhäuser werden geschlossen, die großen Kinderspeiseanstalten gehen ein, die Bahnen werden stillgelegt. Nur Kasernen werden gebaut und Kriegsschiffe. Immer mehr kommen die russischen Machthaber auf den altpreußischen Grundsatz zurück, daß ein guter Parade marsch dem Volke Essen, Trinken und Denken ersetzt.

Gut in den Stil paßt auch die folgende pompöse Meldung aus Petersburg über große Flottenmanöver der Sowjetflotte in der Ostsee:

„Gegenwärtig finden in der Ostsee seit dem Ausbruch der Revolution die ersten Flottenmanöver statt. Aus Petersburg und Moskau sind zahlreiche Regierungspersonalitäten, Vertreter der Roten Armee und der Parteiorganisation nach Kronstadt abgereist. Darunter befindet sich auch der Oberkommandierende der russischen Streitkräfte zu Wasser, Pjotr Semakow, und der Kommandant für Marinewesen der russischen Republik, Sof. Die manövrierende baltische Flotte ist in zwei Parteien geteilt. An der Spitze der einen, deren Aufgabe in der Verteidigung Kronstadts besteht, steht der Chef der baltischen Flotte, Wiparow, die Gegenpartei, die Kronstadt angreift, wird von dem Chef der Schultruppen, Wologow, befehligt. An der Verteidigung nimmt auch die Festung von Kronstadt teil, die unter dem Kommando Kuibischew steht.“

Es fehlt jetzt nur noch der Nachsatz, daß Lenin und Trozki höchst persönlich die Übungen beaufsichtigen werden. Wilhelm II. ist ja, abgesehen von einigen Zeremonienübungen reichlich unbeschäftigt. Er würde es vielleicht übernehmen, den noch etwas ungeübten Sowjetthronen und ihren Berichten den richtig majestätischen Ton beizubringen.

Eins der sieben Weltwunder des Altertums war der Koloß über dem Hafeneingang von Rhodos. Er spreizte seine langen Beine so weit auseinander, daß das riesige Gewicht auf beide Ufer der Einfahrt verteilt war.

Würde er heute noch stehen, so müßte er zum Ehrenmitglied sämtlicher volksparteilicher Redaktionen ernannt werden. Denn auch dort wird im Schweiß der Angesichte die schwere Kunst geübt, die geduldigen Journalistenbeine auf beiden Seiten aufzustützen.

Man lese zum Beispiel den Leitartikel der Lüb. Neuest. Nachr. vom Donnerstag. Einerseits sind sie natürlich dafür, daß der Brotpreis niedrig bleibt. Andererseits aber wünschen sie, daß der Landwirt hohe Getreidepreise bekommt. Wie sich das zusammenreimt? Das ist ja gerade eins der sieben Weltwunder, mit dem die Volkspartei das deutsche Volk beglücken will.

Ein „erlösenden“ Gedanken allerdings entwickelt der Aufsatz. Er sagt, die Ansicht der Reichsregierung, daß ein erhöhter Getreidepreis einen erhöhten Brotpreis, und dieser wieder höhere Gehälter und Löhne bedinge, sei falsch. Wieso er falsch ist, sagt er leider nicht. Er kann es nur so meinen, daß trotz der erhöhten Preise die Löhne und Gehälter gleichbleiben sollen. Vielleicht versucht der Artikelschreiber, dieses Rezept mal an sich selbst und verzichtet für das nächste Jahr auf jede Gehaltserhöhung. Dann sprechen wir uns wieder! Aber er mag ruhig sein; mit dem Koloß von Rhodos werden wir ihn dann sicher nicht mehr vergleichen können.

Auf weisen Dummheit die Lüb. Neuest. Nachr. mit solchen naiven Redensarten spekulieren? In dem gleichen Aufsatz behaupten sie z. B., daß die Arbeiter bis zu 12 000 Mark (wöchentlich!) verdienen. Leider sagen sie nicht wo; jedoch nehmen wir an, daß sie das in ihrer nächsten Nummer nachholen werden.

Wir können es ja nicht glauben, aber man versichert es uns immer wieder, daß tatsächlich einige Lohn- und Gehaltsempfänger auf dieses eigentümliche Blatt abonniert sind. Mitleid! Mitleid für die Armen im Geiste!

Die kommunistische „Volkswacht“ beschäftigt sich in einem etwas mädchenhaften Auffächeln mit der Wohnung und der Erholungsreise eines sozialdemokratischen Senators, der sein Leben und seine Gesundheit im Dienste des Sozialismus geopfert hat. Ob die „Volkswacht“ auch schon über die Wohnungen und die Erholungsreisen ihrer Leute, besonders der russischen Volkskommissare, nachgedacht hat? Wir wollen ihr auf das persönliche Gebiet nicht folgen; aber wir könnten ihr einige Einzelheiten, Hotelrechnungen usw. aufzählen, über die sie doch sehr verlegen würde.

Nur eine Frage können wir nicht unterdrücken: Wer hätte je gehört, daß irgend ein kommunistischer Stadtrat sein Gehalt als zu hoch zurückgewiesen hätte?

Konstantinopel unterstellt sich Angora.

London, 6. Oktober.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Bei der hohen Pforte ist ein Festspruch eingetroffen, daß Franklin Bouillon gestern Abend nach Konstantinopel zurückkehren werde. Ismed Pascha hat erklärt, daß die kemalistische Regierung in Angora verbleibe, bis der Friede unterzeichnet ist, und daß dann die Regierung nach Konstantinopel übersiedeln werde. Die Regierung von Konstantinopel hat die Nationalversammlung von Angora als Träger der Macht anerkannt. Die Verwaltung der Stadt soll durch einen von Angora bestimmten Generalgouverneur übernommen werden.

Die Türkei will den Frieden.

London, 6. Oktober.

Die gestern Abend eingetroffene Antwort der Angoraregierung auf die Einladung zur Friedenskonferenz enthält die Versicherung des ernstesten Friedenswillens der Türkei und schlägt vor, die Konferenz in Smyrna am 24. Oktober abzuhalten. Die Türkei wünscht, daß auch Rußland, die Ukraine und Georgien an der Konferenz teilnehmen.

Uebereinkommen zwischen Ismed und den Alliierten.

Paris, 5. Oktober.

„Paris“ meldet aus Konstantinopel, daß eine Vereinbarung zwischen den alliierten Generalen und Ismed Pascha abgeschlossen worden sei. Das Protokoll der Konferenz wird voraussichtlich heute unterzeichnet werden.

Der wirkliche Nachfolger Dubois' Barthou.

Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Presse, daß Jonnart zum Nachfolger des zurückgetretenen Dubois ernannt worden sei. Jonnart hat aber nachträglich — aus Gesundheitsrücksichten — abgelehnt.

Nun hat sich, nach mehreren übereinstimmenden Meldungen, Justizminister Barthou, der bekanntlich auch die französische Abordnung in Genoa geführt hat, bereit erklärt, an Stelle Dubois' die Vertretung Frankreichs in der Reparationskommission und ihren Vorsitz zu übernehmen. Diese Ernennung hat natürlich Änderungen im französischen Kabinett zur Folge, worüber jedoch noch nichts feststeht. Es wird darauf hingewiesen, daß der Justizminister der Hauptvertreter des Kabinetts im Senat ist, und daß der als sein Nachfolger genannte Colrat für diese Rolle noch zu jung wäre, zumal er bisher noch niemals Minister, sondern immer nur Unterstaatssekretär gewesen sei. Unentschieden ist auch die Neubesezung der diplomatischen Posten. Die meisten Aussichten für Berlin hat der Senator Dimonie; wenn dieser ablehnen sollte, würde der Direktor der administrativen Angelegenheiten auf dem Quai d'Orsay, Maurice Herbet, in Frage kommen. Botschafter Jusserand ist Washingtons müde; Jonnart gab den Vatikan endgültig auf. Es ist auch möglich, daß Barrere sich aus Rom zurückzieht. Auch von einer Veränderung auf dem rumänischen und belgischen Posten wird gesprochen. Die Möglichkeit besteht auch, daß der Direktor für politische Angelegenheiten auf dem Quai d'Orsay, Peretti della Rocca, irgend eine Botschaft, möglicherweise die amerikanische, bekäme, obwohl Poincaré sich von seinem Mitarbeiter nur höchst ungern trennen soll. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ soll auch der zweite französische Delegierte in der Reparationskommission, Rauciere, zu demissionieren beabsichtigen.

Die Völkerverbundhilfe für Oesterreich.

SPD. Berlin, 5. Oktober (Drahtbericht).

Der Völkerverbund hat nach langem Hin und Her am Donnerstag endlich beschlossen, Oesterreich durch einen Kredit finanziell und damit wirtschaftlich zu helfen, aber diese finanzielle Hilfe ist von Verpflichtungen Oesterreichs abhängig gemacht, durch die das hilflose Land gewissermaßen unter die Kontrolle des Völkerverbunds gestellt ist. Es handelt sich bei den Abmachungen um zwei Protokolle. In dem ersten wird gesagt, daß die vier Mächte, die zu einem Kredit bereit sind, sich jeder verpflichten, sich jeder Handlung zu enthalten, die den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Oesterreichs gefährden und die auch die von den Mächten geleisteten Garantien kompromittieren würden. Die österreichische Regierung erklärt andererseits, ihre Unabhängigkeit nicht antasten zu lassen und sich jeder Verhandlung und jeder wirtschaftlichen und finanziellen Verpflichtung zu enthalten, die diese Abmachungen direkt und indirekt gefährden könnten. Diese Verpflichtung soll jedoch die österreichische Regierung nicht hindern, Zolltarife und Handelsverträge gemäß den Vereinbarungen von St. Germain abzuschließen. Auch seine wirtschaftliche Unabhängigkeit darf Oesterreich nicht antasten lassen.

Das zweite Protokoll bezieht sich auf die von den Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, der Tschecho-Slowakei und Oesterreichs nach gemeinsamer Uebereinstimmung vereinbarten Bestimmungen. Die österreichische Regierung kam unter der notwendigen Garantie die erforderliche Menge Wertpapiere oder Aktien herauszugeben, um eine Effektivsumme im Maximum von 650 Millionen Goldkronen zu erhalten. Der Zinsendienst und die Amortisation dieser Anleihe werden durch eine Adressabgabe geleistet. Das Ergebnis kann nur unter der Autorität eines Generalkommissars des Völkerverbunds ermittelt werden, zu dessen Einsetzung sich auch Oesterreich verpflichtet. Die englische, französische, italienische und tschecho-slowakische Regierung verpflichten sich, von ihren Parlamenten die Garantierung des Zinsendienstes dieser Anleihe bis zu einem Maximum von 84 vom Hundert zu verlangen. Jede dieser vier Regierungen ist ermächtigt, einen Vertreter in die Kontrollkommission zu entsenden.

Oesterreich verpflichtet sich dagegen, Maßregeln zu ergreifen, die eine geordnete Finanzwirtschaft ermöglichen, so unter anderem Verminderung der Budgetdefizite durch die Erhöhung der Eisenbahntarife, Post- und Telegraphengebühren usw.; ferner ein Reformprogramm auszuarbeiten, das die Wiederherstellung des Gleichgewichts im Budget anstrebt und dem österreichischen Parlament einen Gehaltswahl vorzulegen, wonach während der kommenden zwei Jahre alle Vorkommnisse gegeben werden, um die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Ferner stimmt die österreichische Regierung der Mitarbeit eines Generalkommissars des Völkerverbunds zu, dessen Mission darin besteht, die Ausführung des Reformprogramms zu überwachen. Dieser Finanzkommissar hat in Wien seinen Sitz und wird vom Völkerverbund ernannt, der ihn allein abheben kann, und dem gegenüber er allein verantwortlich ist. Er bleibt so lange im Amt, bis der Völkerverbund die Feststellung des finanziellen Gleichgewichts in Oesterreich festgestellt hat.

Die Faschisten in Bozen.

Ueber das Vorgehen der Faschisten in Bozen liegen nun genauere Nachrichten vor. Ihre Absicht geht dahin, mit Gewalt eine italienische nationalistische Politik in dem neu angegliederten Lande durchzuführen. Sie beginnen mit der Einführung des italienischen Unterrichts in der Elisabethenschule, dem höchsten Schulhaus im ganzen ehemaligen Tirol, sie fordern eine Kirche für italienische Predigten, Abschaffung der Ortspolizei, Zweisprachigkeit in der Verwaltung. Sie haben die Gegner ihrer Bestrebungen, die nur an ihrem guten Recht festhalten, verhaftet und behandeln sie mit einer Härte, die selbst bei Italienern Unwillen erregt. Sie sehen die Demission des ganzen Stadtrates von Bozen durch, wollen auch die Entlassung des Generalstaatskommissars Credaro erzwingen. Zweifellos hätten die Regierungsbehörden, die von den Plänen der Faschisten kaum übersehen wurden, Vorkehrungen treffen können, um die gewalttätige Besetzung der Elisabethenschule und des Stadthauses zu verhindern. Denn die Faschisten haben mit einer verhältnismäßig kleinen Truppe operiert, die leicht zurückzuweisen gewesen wäre. Jetzt ist es viel schwieriger, sie aus ihren Positionen zu vertreiben, ohne ihnen durch offizielle Zugeständnisse den freiwilligen Rückzug zu erleichtern. Aber die italienische Regierung wird sich nicht wundern dürfen, wenn die Bevölkerung von dem ihr gebotenen Schauspiel wenig erbaut ist und kein Vertrauen in die amtliche Politik gewinnt.

Die Neuwahl des Reichspräsidenten endgültig auf den 3. Dezember festgesetzt.

Berlin, 6. Oktober.

Nach Fühlungnahme mit den politischen Parteien ist das Reichskabinett gestern nachmittag zusammengetreten, um sich über die Neuwahl des Reichspräsidenten schlüssig zu werden. Die Reichsregierung wird an dem Reichstagspräsidenten das Ersuchen richten, alsbald einen Beschluß des Reichstages über die Reichspräsidentenwahl herbeizuführen. Als Wahltag schlägt die Regierung dem Reichstag Sonntag, den 3. Dezember vor. Der Reichsminister des Innern wird die Regierung der Länder erwidern, alsbald die Vorbereitungen zur Wahl zu treffen.

Der Rathenau-Mord vor dem Staatsgerichtshof.

Dritter Verhandlungstag.

Leipzig, 5. Oktober.

Unter den Zeugen, die zum heutigen dritten Verhandlungstag geladen sind, befindet sich der Galleiter Erich Bode aus Schwerin und der Onkel Lechows, der Gutsbesitzer Erwin Behrens, sowie mehrere Berliner Kriminalkommissare.

Nach Eintritt in die Verhandlung wurden auf Wunsch des Oberreichsanwalts die Brüder Lechow noch einmal vernommen. Oberreichsanwalt Ebermayer zu Ernst Werner Lechow: Haben Sie vor der Abfahrt des Autos gehört, daß Kern zu Schütt sagte: „Schütt, Verräter werden mit dem Tode bestraft.“ Angeklagter: Das habe ich nicht gehört. Vorl.: Sie sagten, daß Sie sich von der Notwendigkeit des Mordes und von den Gründen Kerns nicht überzeugen hätten. Weshalb haben Sie sich dann abgesetzt? Haben Sie vielleicht auch gefürchtet, daß bei der gewalttätigen Natur Kerns Ihnen etwas passieren würde, wenn Sie sich weigerten? Lechow: Ich hatte den Eindruck, daß Kern bei meiner Weigerung die Tat allein ausgeführt hätte; was er gegen mich unternommen hätte, weiß ich nicht; letzten Endes hat er doch immer den Kameraden in mir gesehen. Vorl.: Aus welchen Motiven haben Sie sich denn nun Kern gefügt? Lechow:

Ich stand unter seinem Einfluß und konnte nicht mehr zurück. Vorl.: Es war also ein psychischer Druck? Lechow: Jawohl, so ähnlich war es. Wenn ich in seiner Nähe war, fühlte ich mich unter seinem Schuß. Vorl.: Haben Sie nicht daran gedacht, daß dieser Fanatiker sein Ziel auf Tod und Leben verfolgen würde? Lechow: Ich habe Kern doch mein Ehrenwort gegeben. Vorl.: Und dieses Ehrenwort, das in Bezug auf einen Mord gegeben wurde, war Ihnen heilig? Lechow: Ein Ehrenwort ist immer heilig. Vorl.: Und Sie ziehen es vor, dieses Wort zu halten, auch wenn es sich um das schlimmste Verbrechen handelt? Lechow: Jawohl, einen Widerspruch gegen das, was Kern sagte, gab es überhaupt nicht. R.-M. Bloch: Ist Ihnen eine Vorchrift der Organisation Consul bekannt, wonach Verräter mit dem Tode bestraft werden? Lechow: Nein, davon weiß ich nichts.

Der jüngere Lechow, Hans Gerd,

wurde dann nochmals über die Zusammenkunft mit seinem Bruder, sowie mit Kern und Fischer nach der Ausführung der Tat befragt. Er erklärte, daß bei der Zusammenkunft in der Waldschänke des Zoologischen Gartens Kern ihm versichert habe, daß sein Bruder Ernst Werner von ihnen in Unwissenheit über die Tat selbst gehalten worden sei. Vor allen Dingen habe er nicht gewußt, daß Rathenau sein Haus noch nicht verlassen hätte. Die Schlüssel auf Rathenau seien hinter seinem, Lechows, Rücken abgegeben worden. Vorl.: Hat Ihr Bruder diese Aussagen Kerns gehört? Hans Gerd Lechow: Nein. Ernst Werner Lechow: Ich konnte diese Aussage schon deshalb nicht hören, weil ich mit Fischer zusammenlag und etwa 10 Schritte hinter Kern und meinem Bruder zurückgeblieben war. Vorl.: zum jüngeren Lechow: Hat Ihnen Ihr Bruder nicht etwa diese Aussage eingegeben? Hans Gerd Lechow: Nein. R.-M. Goltdorf bittet den Sachverständigen Dr. Schütz zu hören, da

Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten Günther

beständen. Daß Günther nicht ganz richtig sei, gehe aus der Tatsache hervor, daß er Verbrechen während seiner Militärzeit unternommen habe. Auch die früheren Kameraden Günthers seien der Ansicht, daß seine Zurechnungsfähigkeit nicht vollständig sei und Günther habe geistig durch einen Eisenbahnunfall und durch schwere Malaria gelitten. So habe der Angeklagte ganz wirre Briefe geschrieben an Personen, die er niemals kennengelernt habe. Hierauf wurde

Der Angeklagte stud. jur. Willi Günther

vernommen. Das Verhör gestaltete sich sehr interessant, da Günther sich wiederholt in Widersprüche verwickelte, um den Angeklagten Ernst Werner Lechow zu entlasten. Vorl.: Sie haben neulich behauptet, daß Sie zu Unrecht aus der Deutschen Volkspartei ausgeschlossen worden sind. Sie waren dann im Selbstschutz Oberschlesien und waren während des Kampfes Ordnungszugführer des Oberst Bauer? Sie kennen Kern den Schüler Stübenauchs, haben Sie sich selbst mit einem Plan zur Befreiung linksstehender führender Persönlichkeiten beschäftigt? Angekl.: Stübenauch, der mein Gesinnungsgenosse ist, trat eines Tages mit dem Plan an mich heran, er wolle Rathenau im Reichstage erschießen, da er der Ansicht sei, daß Rathenau ein Schädling sei. Ich selbst war auch dieser Ansicht, da mich

Rathenaus Schrift über den Kaiser

ungeheuer empört hatte, namentlich die eine Stelle, in der Rathenau sagt: „In dem Augenblick, in dem der Kaiser an der Spitze seiner Paladine durchs Brandenburgertor zieht, hat die Weltgeschichte ihren Sinn verloren.“ Vorl.: Eine solche Stelle in Rathenaus Schriften ist mir nicht bekannt. Auftrag Dr. Hahn legt darauf dem Staatsgerichtshof die Broschüre Rathenaus über den Kaiser vor, die 1919 im Verlag von E. Fischer erschien. Rathenau äußert in der Broschüre seine Begegnungen mit dem Kaiser und eine Unterhaltung mit einer führenden deutschen Persönlichkeit über den Kaiser selbst, die während des Krieges stattgefunden hat. Die von Günther angegebene Stelle lautet:

„Wie wird der Augenblick kommen, wo der Kaiser als Sieger der Welt mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durch das Brandenburgertor zieht. In diesem Tag hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren. Nein! Nicht einer der Großen, die in diesen Krieg ziehen, wird den Krieg überdauern.“ Angekl. Günther: Diese Stelle habe ich so aufgefaßt,

daß der internationale Jude Rathenau die Niederlage Deutschlands wünschte.

Stübenauch schloß sich mir dann ausführlich seinen Plan, wie er Rathenau im Reichstage erschießen wollte. Ich war allerdings der Ansicht, man dürfe aus Rathenau keinen Märtyrer machen, andererseits hielt ich Stübenauchs Plan technisch wieder für durchführbar. Deshalb hielt ich ihn, der von mir einen Revolver verlangte, möglichst lange hin. Stübenauch machte dann auch den Vorstoß, Rathenau bei seinem Besuch bei Kommerzienrat Kammann zu erschießen. — Vorl.: Wüssten Sie denn jetzt, daß ein detaillierter Mordplan ausgeführt wurde? — Angekl.: Jawohl. — Vorl.: Sie haben dem Stübenauch gesagt, daß sein Plan bei der D. C. in München keinen Bestand habe.

Hatten Sie sich denn mit der D. C. in Verbindung gesetzt?

Angekl.: Das habe ich nur so gesagt, um Stübenauch hinzuhalten. — Vorl.: Kennen Sie denn Mitglieder der Organisation C? — Angekl. (nach einigem Zögern): Nein, ich habe dann aber den beiden Lechows von Stübenauchs Plan Mitteilung gemacht. Ernst Werner hielt die Sache für unzulässig. Außerdem trug er ab, wegen der ungewissen Wirkungen nach besonders aus dem Grunde, weil nach seiner Ansicht durch den Tod Rathenaus die damals schwebenden Unterhandlungen gefährdet würden. — Vorl.: Hat Stübenauch von Ihnen für seinen Plan Geld verlangt? — Angekl.: Jawohl, er wollte auch ein Auto haben, um München zu besuchen. — Oberreichsanwalt: Sie sollen zu Stübenauch gesagt haben, daß die D. C. für derartige Sachen keine Stelle auslöste, die eine vorübergehende Probezeit hinter sich hätte? — Angekl.: Das war ein Mißverständnis, denn ich habe nur gesagt, daß in die D. C.

lediglich Leute aufgenommen würden, die eine längere Probezeit hinter sich hätten. — R.-M. Bloch:

Woher kannten Sie denn die Aufnahmebedingungen in die D. C.?

Angekl.: Aus den Zeitungen. Günther gibt dann über den Verlauf seiner Besprechungen mit den beiden Lechows, Kern und Fischer nähere Auskunft: Am 18. Juni hat mich Ernst Werner Lechow in seine Wohnung, da mich zwei Leute sprechen wollten. Vorl.: Sagte Ihnen Lechow, daß es sich um Angehörige der D. C. handelte? — Angekl.: Nein. Ich kam dann am 19. mit Kern, Fischer und Hans Gerd Lechow zusammen. Ich entwickelte Kern den Stübenauchschen Plan, der jedoch verworfen wurde. Ich hatte damals den Eindruck, daß Kern und Fischer mir bereits mit einem fest ausgearbeiteten Plan entgegengetreten. Kern machte auf mich einen sehr guten, energischen und zielbewußten Eindruck. Ich erinnere mich auch, daß Fischer davon sprach, man wolle Gefangene befreien, die im besetzten Gebiet von den Franzosen verhaftet worden seien, und weiter wurde der Plan entwickelt, eine Studentenorganisation zu bilden, die im Falle eines Sechsstreiks die rechtsstehenden Zeitungen aufrechtzuerhalten sollte.

Der nächste Angeklagte ist

Ernst von Salomon

aus Frankfurt a. M. Er kam Mitte Juni nach Berlin. Kern, den er verehrte, hat er früher in Frankfurt kennen gelernt. Auf Betragen des Präsidenten gibt der Angeklagte zu, Kern auch jetzt noch zu verehren. In seinen Kreisen wurde Rathenau als Schädling betrachtet, doch ist von einem Morde nicht die Rede gewesen. Als er bei seiner Anwesenheit in Berlin Kern zufällig getroffen hat, habe dieser mitten in einer Unterhaltung an der Wilhelmstraße zu ihm gesagt: Das ist Rathenaus Auto. Weiter habe sich Kern einmal geäußert: Hier im Grundwald wird nächstens was passieren. Das habe ihn auf den Gedanken gebracht, daß eine Befreiung Rathenaus gemeint sein könnte. Auf die Frage des Präsidenten, warum er sich hierüber nicht genau bei Kern erkundigt habe, erklärt der Angeklagte, es sei in seinen Kreisen nicht üblich, Fragen zu stellen, wenn von einer nationalen Sache gesprochen würde. Am 16. Juni forderte Kern den Angeklagten auf, ihm für eine nationale Sache einen Chauffeur zu besorgen. Dieses Ansuchen hat der Angeklagte von Salomon mit Waffenschreibungen, über deren Zweck er die Auskunft verweigert, in Zusammenhang gebracht. Er ist dann nach Hamburg gefahren, wo ihn der Angeklagte Warncke mit dem Angeklagten Niedrig bekanntgemacht hat. Da am Mittwoch früh Kern sehr brüsk zu dem Angeklagten gesagt hat: „Wir brauchen dich nicht mehr, du kannst abfahren,“ habe er angenommen, die Sache habe sich zerplänzelt.

Der Oberreichsanwalt: Wollen Sie behaupten, daß Sie sich zufällig mit Kern in Berlin getroffen haben.

Der Angeklagte: Jawohl.

Oberreichsanwalt: Wollen Sie weiter behaupten, daß Ihnen Kern keine Andeutung gemacht hat, als er Sie wegen des Chauffeurs nach Hamburg schickte? Angeklagter: Nein, ich mußte annehmen, daß es sich um Waffenschreibungen handelte.

Der Angeklagte

Waldemar Niedrig

war bei dem Hamburger Sprengattentat beteiligt. Er hat den Angeklagten von Salomon unter dem Namen Schneider kennengelernt und sich diesem gegenüber bereit erklärt, ein Auto in einer nationalen Sache zu fahren. Bei einer Unterredung mit Kern in Berlin habe dieser ihm gesagt, er würde nicht mehr gebraucht. Er bekennt, von dem Mordplan Mitteilung erhalten zu haben.

Der Präsident macht ihn auf die Widersprüche in der Voruntersuchung aufmerksam, wo er angegeben hat, ihm sei gesagt worden, von dem Auto aus solle Rathenau erschossen werden.

Hierzu erklärt der Angeklagte, er habe alles nur ausgeführt, um die beschriebenen Waffenschreibungen zu veredeln. Ebenfalls hat er ähnliche Angaben über Tilschen und seine Schriftführung gemacht. Alle diese Angaben bezeichnet er aus demselben Grunde für unzulässig.

Auf weitere Befragungen über den Zweck der in Hamburg beschriebenen Schießübungen erklärt der Angeklagte: Wir wollten für den Fall eines Aufstandes von links oder in Oberkasselen andere Mitglieder in der Handhabung der Maschinenpistole ausbilden.

Der Angeklagte

Friedrich Warncke

erzählt, daß er in München gewesen sei, um Kallinger zu besuchen. Auch er hat sich an dem Sprengattentat in Hamburg beteiligt. Er verneint aufs Bestimmteste, von dem Plan eines Mordes an Rathenau gehört zu haben. Seine Hilfe habe einer Waffenschreibung gegolten. Die Schreibung sollte durch ein Auto vorgenommen werden.

Im Anschluß an die Vernehmung Warnckes kommt

Jümann

zum Vortrag, der die Maschinenpistole von Kern mit nach Schwerin genommen hat. Mit Kern ist er nach seiner Rückkehr aus Mexiko bekannt geworden, als er in die Marine eintraten wollte. Das aus Gefälligkeit zu Kern, dem er sich verpflichtet fühlte, habe er die Maschinenpistole in Empfang genommen, weil Kern angegeben habe, sie später für Patente oder in Oberkasselen wieder zu gebrauchen. Ueber die Herausgabe der Pistole erzählt er folgendes: Am Freitag früh wurde ich plötzlich geweckt und gemahnt Kern, der mit Fischer gekommen war, um, wie er angab, eine Offiziersreise zu machen. Bei Gelegenheit der Unterredung verlangte Kern die Maschinenpistole zurück und machte mir Vorwürfe, daß ich sie in der Wäschekammer aufbewahrt hätte. Ich habe die Pistole nicht mitgenommen. Kern Kern etwas von dem beschriebenen Gebrauch der Pistole mitgeteilt hätte, würde ich sie nicht herausgegeben haben. Der Gedanke an sich, einen Unbekannten hinterläßt zu erwaschen, ist mir nie gekommen. Er ist für mich ganz entlegentlich. Ueber den Verbleib des Kernschen Koffers aus der Badischen Wohnung in Schwerin verweigert der Angeklagte die Aussage. Als Grund gibt er an, eine ihm näherstehende Person nicht kompromittieren zu wollen. Er verbleibt auch bei der Weigerung, nachdem der Oberreichsanwalt erklärt hat, daß der Koffer mit förmlichen Inhalt gefunden worden ist.

Hierauf wird die Verhandlung auf Freitag vormittag 9 Uhr vertagt.

Mostauer Eingenmeldungen.

Genosse Dittmann schreibt dem „Sonnenschein“: Aus Zürich in den 30. September, nachmittags, folgendes Telegramm abgeschickt:

Wilhelm Dittmann, Reichstagsabgeordneter. Ritterstr. 75 Berlin SW. 68.

Schweizer Presse bringt nach Europa-Press halbamtliche Meldung, Leitung der Unabhängigen habe vor einiger Zeit unter Hinweis auf verspätete finanzielle Lage

der Partei nach Moskau Hilferuf gerichtet. Dritte Internationale darauf bereit erklärt, deutschen Unabhängigen einmalige größere Unterstützung zu gewähren. Regelmäßige Unterstützung aber trotz Drohung, Unabhängige würden sich Mehrheitssozialisten anschließen, von Moskau kategorisch abgelehnt. Erbitten per Draht sofort Erklärung von Ihnen. Redaktion „Volksrecht“, Zürich.

Dieses nach der Redaktion der am 1. Oktober eingegangenen „Freiheit“ gerichtete Telegramm ist laut Stempel schon am 30. September 9.30 Uhr nachmittags beim Berliner Postamt eingetroffen, aber erst am Morgen des 4. Oktober mit zugestellt worden, nachdem es laut Vermerk verschiedene Irrfahrten gemacht hat, trotzdem eine Verfügung der Postverwaltung besteht, nach der bei Reichstagsabgeordneten, wenn die Adresse zweifelhaft ist, sofort im Reichstag anzufragen ist.

Zur Sache selbst genügt die einfache Erklärung, daß jedes Wort der Mostauer Meldung erstunken und erlogen ist. Die USPD hat stets auf dem Standpunkt gestanden, daß eine politische Partei aus den Beiträgen ihrer Mitglieder existieren muß, und daß die Mostauer Subvention die Ursache der persönlichen, moralischen und politischen Korruption der USPD ist. Offenbar ist die Mostauer Meldung zu dem Zwecke erfunden und ins Ausland — und bezeichnenderweise nicht nach Deutschland! — lanciert, um den hohen politischen Kredit, den die USPD bei den sozialistischen Parteien des Auslandes genöß, zu zerstören und die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands bei ihnen von vornherein zu diskreditieren. Bei dieser Gelegenheit sei auch festgestellt, daß die USPD nicht nur völlig ohne Schuld auch in die Vereinigte Partei eingetreten ist, sondern in ihren zahlreichen Presseunternehmungen auch wertvolle Vermögensobjekte mitgebracht hat. Die neuesten Mostauer Äußerungen über die USPD sind damit gerichtet.

Die Zuckerbewirtschaftung.

SPD. Berlin, 5. Oktober.

Der Reichsernährungsminister veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ und Reichsgesetzblatt jetzt die Verordnung über die Zuckerbewirtschaftung im Betriebsjahr 1922 und 1923. Die Verordnung sieht die Verteilung von 1 Kilogramm Zucker monatlich auf den Kopf der Bevölkerung vor. Die Verteilung soll dem Wunsch der deutschen Länder entsprechend in der Weise erfolgen, daß die entsprechende Menge den Ländern zur Verfügung gestellt und durch sie wieder verteilt wird und die nähere Regelung der Unterverteilung den einzelnen Ländern überlassen bleibt. Den Wünschen auf Zuteilung von mehr als 1 Kilogramm monatlich auf den Kopf, konnte zunächst nicht Rechnung getragen werden, da sich zurzeit die Erzeugung des neuen Wirtschaftsjahres noch nicht hinreichend übersehen läßt. Der Satz von 1 Kilogramm ist daher nur vorläufig. Seine Erhöhung wird in Aussicht zu nehmen sein, sobald sich mit Sicherheit übersehen läßt, daß die erforderlichen Mengen Zucker zur Verfügung stehen. Die Zuckerbewirtschaftungsstelle hat außerdem nach den Richtlinien des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft auch den Zucker für sonstige notwendige Zwecke, insbesondere für den Bedarf von Brotbackmittelstoffen und Einmachzucker zur Verfügung zu stellen. Zur Ueberwindung der verarbeitenden Industrie sind in der Verordnung des Reichsernährungsministers nähere Bestimmungen vorgegeben. Zunächst bleibt für sie das Verbot der Lieferung und Verarbeitung von Inlandszucker zur Herstellung von Schokolade, Süßigkeiten, Brantwein und brantweinhaltigen Getränken aller Art, insbesondere Liköre, Schaumwein usw. in Kraft. Da nach der neuen Verordnung der gesamte Zucker der neuen Ernte zur Verfügung der Zuckerbewirtschaftungsstelle steht, ist den Fabriken verboten, Zucker auf Grund früher abgeschlossener Verträge zu liefern. Zuwiderhandlungen sind strafbar.

Keine Wiederaufnahme der Befolungsverhandlungen.

Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über die Neugestaltung der Beamtenbefolung sind gestern gescheitert, weil die Regierung, unterstützt von der Vertretung der höheren Beamten, in der Frage der Frauenzulage einen Standpunkt einnahm, der von dem der übrigen Organisationen grundsätzlich abwich. Während die Organisationen, die christlichen einschließend, eine für alle Berufsgruppen gleiche Frauenzulage forderten, sprach sich die Regierung, in Uebereinstimmung mit dem Reichsbund der höheren Beamten für eine, je nach der Berufsgruppe verschiedene prozentuale Gestalt der Frauenzulage aus. Das Reichsfinanzministerium hat gestern seine Bereitwilligkeit erklärt, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, wenn die Organisationen in der Frage der Frauenzulage einlenken wollten. Wie die „Telegraphen-Union“ erzählt, ist bis heute nachmittags eine entsprechende Erklärung der Organisationen im Reichsfinanzministerium nicht abgegeben worden. Die Verhandlungen dürften somit als endgültig abgebrochen gelten.

Der Leipziger Basiskonferenz

hat eine Entschliessung angenommen, in der der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund selbst unter Vorbehalt auf einen ständigen Sitz im Rate gefordert wird. Dabei führte Dr. Beder aus, daß in Deutschland gegen diesen Eintritt Stimmung gemacht werde. Das Wolffsche Telegraphenbureau wendet sich gegen diese Kritik in einer Note, in der es mitteilt, daß es in zehn tausenden von Worten über die Verhandlungen des Völkerbundes berichtet habe. Es muß aber zugeben, daß die Meldung von der Annahme des Antrages Löbe auf dem Augsburgertag „infolge eines noch nicht völlig aufgeklärten Zufalls“ nicht in die Schweiz weitergegeben worden sei.

Im großen ganzen ist es schon richtig, was in Leipzig gesagt worden ist, daß nämlich die deutsche Presse, einschließlich der großen demokratischen Blätter, eine gewisse passive Resistenz in der Frage des deutschen Eintritts in den Völkerbund übt. Um so mehr wird die USPD und ihre Vertretung in Reichstag und Reichsregierung die Pflicht haben, darauf hinzuwirken. — In der Frage der Kriegsdienstverweigerung beschloß der Kongress eine Kompromißresolution, da sowohl die Verfechter der unbedingten Kriegsdienstverweigerung, als auch diejenigen, die einen Verteidigungskrieg billigen zu können glaubten, starke Gruppen hinter sich hatten.

Laut RTB veröffentlicht die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale eine Mitteilung, nach der sie, der die Gewerkschaftszentralen der verschiedenen Länder mit insgesamt 20 Millionen Mitgliedern angeschlossen sind, vom nächsten 10. bis 15. Dezember einen Weltkongress für Frieden einberufen wird. Die Vereinigung beschloß, diesem Kongress den Charakter einer internationalen Kundgebung für den Frieden zu geben.

Die Posthalterkongress hat den Befehlstruppen Gehaltszüge zugestimmt, die diese neben ihrem jeweiligen Heimatort begehren. Wir nennen daraus nur zwei Zahlen: Es erhält der Vorstehende General 310 800 Mk., jeder gemeine Soldat 45 000 Mk. im Monat. Deutschland muß es bezahlen.

Zusammenbruch der R.P. Frankreichs.

Am 15. d. M. tritt in Paris der Nationalrat der sogenannten kommunistischen Partei Frankreichs zusammen und wird sich mit dem politischen Bericht des Generalsekretärs Trotski und mit dem finanziellen Bericht des Kassierers Dondicol zu befassen haben. Diese Berichte werfen ein grelles Licht auf die von uns im Laufe der letzten Monate bereits öfters gekennzeichneten Verhältnisse bei der französischen Filiale der Sowjetregierung.

Bis zu m15. Oktober 1921 zählte die Partei 131 436 eingeschriebene Mitglieder und hatte bereits Ende Juli d. J. einen Mitgliederverlust von 72 648 (fast 60 Proz.) zu verzeichnen, indem der Mitgliederstand bis zu diesem Datum auf 78 828 gesunken war.

Im einzelnen seien folgende Rückgänge bei den wichtigsten Bezirksverbänden erwähnt:

Im Departement Seine (d. h. in der Hauptstadt Paris nebst den wichtigsten Industrievororten, die bisher das Rückgrat und den Stolz dieses „schönsten Kronjuwels“ der Dritten Internationale gebildet hatten) ist der Mitgliederstand von 21 200 zurzeit der Spaltung von Tours auf 15 167 im Oktober 1921 und auf 10 000 im Juli 1922 gesunken; im Departement Nord (Lille, Roubaix, Toucouing usw.) von 11 000 auf 8000; im Pas-de-Calais (Kohlenrevier) von 6000 auf 3500; in Seine-et-Oise (weiterer Umkreis von Paris mit Versailles und größeren Industrievororten der Hauptstadt) von 5700 auf 4500; in der Mosel (neugewonnene Süttendistrikte um Metz und Diedenhofen) von 3334 auf 1500; in der Seine-Inferieurs (Le Havre und Rouen) von 2000 auf 1133 usw.

Der Bericht äußert sich sehr enttäuscht über das schlechte Abschneiden der kommunistischen Partei bei den Kantonalwahlen im Frühjahr d. J. und gibt zu, daß in wichtigen Industriezentren die Macht der Sozialistischen Partei auf die Wählermassen sich als weit stärker erwiesen habe, obwohl letztere nicht die gleichen

Anstrengungen hätte machen können, ferner, daß es keinen Zweck hätte, zu bestreiten, daß der größte Teil der sozialistischen Stimmen von klassenbewußten Arbeitern abgegeben worden ist. Trotski schließt seinen Bericht, indem er seinen bereits wiederholt angebotenen Rücktritt neuerdings antündigt und als diesmal endgültig bezeichnet.

Die gleiche Ankündigung macht auch der Kassierer Dondicol am Schluß seines Berichtes, der eine trostlose, dem politischen Zusammenbruch der Partei entsprechende finanzielle Lage enthält.

So hat der Parteivorstand u. a. einen Kredit von über 88 000 Frank den einzelnen Bezirksverbänden in Mitgliederkarten und Beitrittsmarken (die also offenbar gratis verteilt werden mußten!) eröffnen müssen, eine Tatsache, die ausdrücklich bezeichnet wird „als in der sozialistischen Partei noch nie dagewesen“.

Bisher lebte die französische Partei, abgesehen natürlich von den Zuschüssen aus Moskau, hauptsächlich von den Ueberflüssen der „Humanité“, d. h. in Wirklichkeit von der widerrechtlich angeeigneten geistigen Erbschaft Jaures. Aber auch diese Quelle scheint nicht mehr auszureichen, denn einmal wird sie stark in Anspruch genommen, um das starke Defizit des Abendblattes „Internationale“ zu decken, und andererseits geht die „Humanité“ selbst empfindlich zurück und hat innerhalb des Berichtsjahres etwa ein Drittel ihres Abonnentenstandes verloren (11 000 statt 16 000).

Im übrigen ist der persönliche Krackel in den höheren Sphären der Partei im vollen Gange, da sich die meisten Führer die geistige Bevormundung durch den Vertrauensmann Sinowjew, Boris Souvarine, nicht weiter gefallen lassen wollen. Der Rücktritt Trotskis ist u. a. auf diesen Konflikt zurückzuführen.

Es ist ein arges Pech, daß der „Klassenkampf“ vom 4. Oktober einen Mann als Mitglied seines Parteirats anführt, der ein solches vernichtendes Urteil über die neue, hoffnungslose Parteigründung gefällt hat.

Bericht des Eisenbahnhauptbetriebsrates.

Ueber die Tätigkeit des Hauptbetriebsrates bei der Deutschen Reichsbahn liegt jetzt der Bericht für das Geschäftsjahr 1921/22 vor. Einleitend wendet sich der Bericht gegen die höhere und niedere Bürokratie, die sich zu einem großen Teil für den Ausbau des zusammengebrochenen Eisenbahnwesens als unfähig erwiesen hat. Anerkannt wird aber, daß es in allen Schichten der Beamten einige gibt, welche die Mitarbeit der Betriebsräte begrüßen, gemeinsam mit ihnen Neuerungen durchführen und besonders in der technischen Betriebs- und Verkehrsabteilung eine Fühlungnahme mit den Betriebsräten immer mehr angestrebt wird. Unter diesen Umständen hatte der Hauptbetriebsrat erschwerte und mühsame sachliche Mitarbeit zu leisten, mußte vor allen Dingen die Brücke zum Mitbestimmungsrecht zu schlagen versuchen. In dem Bemühen, das Mitbestimmungsrecht zu sichern, ging er an die Lösung seiner Aufgaben. Als die Frage der Abtretung der Reichsbahnen an das Großkapital auftauchte, und die Reichsverkehrsverwaltung Bundesgenossen zur Abwehr dieser Bestrebungen brauchte, lud sie Vertreter der Gewerkschaften und des Hauptbetriebsrates zu einer Besprechung ein. Der Sprecher des Hauptbetriebsrates betonte in dieser Verhandlung, daß er ein unbedingter Anhänger des Staatsbetriebes sei und forderte mehr Spielraum für die Mitwirkung der Betriebsvertretungen bei der Ausgestaltung und Verbesserung der Verwaltungs- und Betriebsformen. Nur unter dieser Voraussetzung könne der Reichsverkehrsminister mit einem entschiedenen Einfluß der Arbeiterschaft für die Erhaltung der Staatsbetriebe in jeder Situation rechnen.

Lebhafte Kämpfe wurden über die Regelung der Arbeitszeit, die man durch die Einschaltung längerer Pausen teilen wollte, geführt. Man kam schließlich überein, daß überall da, wo in drei Wechselschichten gearbeitet wird, auch ohne Rücksicht auf die Belegschaftsstärke der einzelnen Schichten die Pause zur Arbeitszeit gerechnet werden muß. Der wesentlich höhere Verdienst der Arbeiter in den Hauptbetriebsstätten und die weit günstigere Entlohnung in der Privatindustrie ließen die

ungenügende Entlohnung in den Betriebswerkstätten stark fühlbar werden, sodaß besonders in den Industrieorten die B. M. S. einen erheblichen Abgang an Personal zu verzeichnen hatten. Der Hauptbetriebsrat hat sich auch dieser Vorgänge angenommen und dem R. V. M. Mitteilung gemacht. Das R. V. M. ist jetzt selbst von der Notwendigkeit einer Lohnregulierung der Bediensteten der B. M. S. überzeugt. Bisher scheiterten aber alle geplanten Maßnahmen in dieser Hinsicht an dem zentralen Aufbau des Lohnsystems. Von den Belegschaften zweier B. M. S. war bereits vor einhalb Jahren die Einführung des Gehinges durchgeführt worden. Auf Grund der hierbei gemachten Erfahrungen ist jetzt mit den Gewerkschaften und dem Hauptbetriebsrat ein Gehingeverfahren für die B. M. S. ausgearbeitet worden, das den Bediensteten einen entsprechenden Mehrverdienst sichert. Die Verwaltung will die Einführung des Gehinges nicht festlegen wegen des Mehrverdienstes vornehmen, sondern ihre Hoffnung geht dahin, eine Mehrleistung zu erzielen, die dann in vielen B. M. S. vorhandenen Personalmangel ausgleichen soll.

Der 31 Seiten starke Bericht zeigt in allen seinen Teilen, daß der Hauptbetriebsrat der Reichsbahn es verstanden hat, die Aufgaben, die ihm als Interessensvertretung der Arbeiterschaft zufallen, im Einklang mit seinen Pflichten gegen die Allgemeinheit zu erfüllen.

Volkswirtschaft.

Die Neubildung der russischen Privatindustrie. Einer Denkschrift zufolge, die in dem Organ des Obersten Volkswirtschaftsrates abgedruckt ist, sind in dem Sowjetrußland zum 1. Juli d. J. insgesamt 4256 nationalisierte Betriebe mit durchschnittlich je 18 Arbeitern verpackt worden (die in großer Zahl verpackteten Mühlen sind in dieser Aufstellung nicht enthalten). Auf Grund des vorhandenen statistischen Materials dürfte der Packzins für diese Betriebe für ein Jahr insgesamt etwa 10 Millionen Goldrubel ausmachen. Das Interesse der Privatunternehmer für Verpachtungen scheint sich in der letzten Zeit wieder zu beleben: die Unternehmer, namentlich ehemalige Besitzer, interessieren sich auch für größere Betriebe. Die Zahl der privaten Eigenbetriebe wächst ständig an; nach den Daten der Steuerbehörden betragen in 57 Gouvernements 30 790 Betriebe, in denen durchschnittlich je 8 Personen tätig sind. Das Fehlen der privaten Großindustrie sei auf die bisherige Politik der Regierung zurückzuführen, die ihr Aufkommen unmöglich machte, andererseits auch darauf, daß das in geringen Mengen vorhandene inländische Kapital im Handel und in der Kleinindustrie eine lohnendere Betätigung finde.

Alle wollen an Rußland verdienen. Der Vertreter der Schweizerischen Volksbank hat der Außenhandelsabteilung in Petersburg angeboten, schweizerischen Unternehmungen Bestellungen zu geben und erklärte, daß die Schweiz bereit sei, mit Rußland direkte Beziehungen aufzunehmen und Kredit zu gewähren.

Devisen-Kurse.

Berlin, 6. Oktober.
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	5. Oktober.	4. Oktober.	
Amsterdam	100 fl.	83994.85	82991.85
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	15280.85	15131.05
Kristiania	100 Kr.	89250.85	37752.75
Kopenhagen	100 Kr.	44494.30	43745.25
Stockholm	100 Kr.	57378.15	56329.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	4943.80	4744.05
Rom	100 Lire	9128.55	9018.70
London	1 £	9558.—	9363.25
New York	1 Doll.	2187.32	2127.33
Paris	100 Frs.	16254.65	16329.80
Zürich	100 Frs.	40199.65	39700.30
Madrid	100 Pesetas	32559.25	32209.65
Wien	100 K.	3.08	2.93
Prag	100 K.	7390.75	6941.30
Budapest	100 K.	89.88	83.82

Briefkasten.

Schlosser. Die Arbeitsvermittlung auf dem Arbeitsnachweis erfolgt in der Regel nach der Reihe der Eintragungen. Es steht dem Unternehmer über das Recht zu, besondere Qualitätsarbeiter zu herbeischaffen. Ein Einstellungszwang der Unternehmer wird nicht ausgeübt.

Die Ledebour-Gruppe.

Erste Lebensäußerungen.

Das Organ der Ledebour-Gruppe, die sich selber „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ nennt, ist heute zum erstenmal erschienen. Es heißt „Klassenkampf“ und ist ein Wochenblatt von der Größe eines Druckbogens. In einem Aufruf an die Arbeiterschaft Deutschlands werden die bekannten Klagen über die „rein reformistische“ Richtung der gezeigten Partei erhoben. Als provisorische Parteileitung zeichnen: Ledebour und Th. Liebknecht als Vorsitzende, Laufant, Salzbrunn und E. Wichmann als Beisitzer, ferner ein Parteirat, bestehend aus Danneil-Gera, Döbler-München, Paula Keller-Zwidau, Druß-Düsseldorf, Rau-Gleiwitz, Reckheim-Hamburg und Walther-Volmarstein.

Der Parteibeitrag ist mit mindestens 5 Mk. für Männer, 3 Mk. für Frauen wöchentlich festgesetzt.

In einem programmatischen Leitartikel wird die Einigung der Sozialdemokratie mit den Kommunisten als die Aufgabe der neuen Partei bezeichnet. Die Einigung soll im Zeichen des Klassenkampfes „nach Abtötung unheilbar kompromittierter Führer“ erfolgen. In einem weiteren Artikel von Paula Keller wird die vollzogene Einigung als „Komödie“ bezeichnet.

Auch eine „Berliner Parteileitung“ ist schon konstituiert. Sie besteht aus Laufant, Schliep, Suba, Justin Braun, Albert Klein, Geßel, Bertha Lungwitz, Eise Wichmann und Käthe Spitzweg.

An „Erfolgen“ meldet das Blatt Ablehnung der Einigung mit 54 gegen 41 Stimmen in Sieglitz, dem Wohnort Ledebours, und „fast restlosen“ Uebergang der Krefelder Ortsgruppe zur neuen Partei.

Inzwischen hat aber schon wieder ein Mitglied der neuen Partei, sogar ihres „Parteirats“, seinen Eintritt in die geeinte Partei vollzogen. Es ist die Gen. Rau-Gleiwitz, der am 30. September in einer dortigen Bezirksversammlung der USP erklärte: „Nachdem die heutige Versammlung der Ortsgruppenvorstände und Mitglieder sich erneut und mit großer Majorität auf den Boden der Einigung gestellt hat, würde es ein Unrecht von mir sein, der ich stets für eine möglichst große Zusammenfassung der proletarischen Kräfte im ober-schlesischen Bezirk eingetreten bin, beiseite zu stehen und damit Verwirrung in die Reihen der Genossen zu tragen.“

Sigrid, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Mügge.

Unter den vielen seltsamen, schönen Meerbüten, welche die westliche Felsküste Norwegens zierlich, ist der Mossefjord zwar keiner der größten, aber einer der berühmtesten durch die romantische Herrlichkeit seiner Ufer und deren Umgebungen. Der Fjord hat zwei schmale Eingänge, Wasserfälle, zwischen denen die furchtbare Insel Otterde liegt; sobald der Reisende diese im Rücken hat, öffnet sich vor ihm ein weites, breites Seebecken, an welchem zur Rechten grüne Weiden und Waldgebiete sich erheben, zur Linken, die freundliche Stadt Molde liegt, vor welcher während des größten Teiles des Jahres eine Anzahl Briggs, Schoner und Yachten ankern, um Holz bis Holland und getrocknete oder gesalzene Fische bis in die europäischen Südländer zu führen. Der Fjord aber bringt mit zahlreichen Armen und Buchten tief ins Land; wechselnd und prächtig sind seine Ufer. Zuweilen steigen sie steil in nackten Felswänden auf, und hinter ihnen liegen die wilden Wälderlandschaften aufgeführt voll zackiger, wunderbarer Klippen; an anderen Stellen leuchten diese Ufer sanft und grün, und manche große und kleine Höfe liegen dort mit ihren Fruchtfeldern und Fruchtgärten, die gar lieblich anzuschauen sind.

Wunderbar sieht es aus, schön und wunderbar, wenn man in die Tiefe dieser Fjorde blickt, auf den weiten Halbkreis zahlloser Felsen und Höner, die ihn einschließen. Ein einziger Weg führt durch diese gigantische Mauer, ein schmaler Spalt, den das Tal Romsdalen bildet; wäre er nicht vorhanden, so würde diese Welt unerschwinglich verschlossen sein. Unzählige festschneeige Massen von Finken und Fäden türmen sich dort empor, umschimmert von schneeigen Halsbändern, und wenn die Abendsonne darauf glüht und funfelt, kann man solch prächtiges Panorama kaum irgend noch wieder finden.

Am Eingange des Fjords, der Stadt Molde fast gegenüber, springt das Ufer weit vor, und südlich biegt es in eine tiefe Bucht ein, die der Løvsfjord heißt. Auf der Spitze liegt die Kirche von Besnes, der Pfarrer wohnt nicht weit davon, und über die Halbinsel zerstreut liegen die Höfe und Hütten der Gemeinde. Das Land umher ist grün, es wächst Gerste auf den kleinen Feldern, und in den Gärten werden die Rindern reif, wenn der Sommer warm ist und die Bäume geschützt stehen. Am Ufer hin wohnen Fischer, denn Fischfang ist doch auch hier die menschliche Tätigkeit, welche die meisten ernährt, denen nur ein kleines Erbe zuteil wurde, oder nichts als ihre rüftigen Hände. Dribben in der Stadt Molde wohnen Leute, welche Fische immer brauchen

können und auch bezahlen. Frische Fische, wie das Meer sie reichlich hat, jami Arabben, Kreben und allerlei Gester essen die Stadtleute täglich gern mit ihren Familien, aber die Kaufleute schließen auch Kontrakte mit den Fischern, wenn die Heringschwärme von Tromsheim herunter kommen und der Fjord hinaufzieht nach seinen Laichplätzen. Dann fahren die Fischer hinaus in die Kanäle vor den Außeninseln und ins offene Meer, und wer ein vierdrüsig oder sechsdrüsig Boot besitzt, oder wohl gar zwei, und Stellnetze und Angeln dazu, der ist ein wohlhabender Mann und kann, wenn das Glück mit ihm ist, auch ein Stück Geld verdienen und in seiner Art wohlhabend heißen.

Seitwärts von dem Pfarrhause, das ziemlich hoch und frei lag, senkte sich das Land zum Strande nieder, und dort auf dem Vorsprunge stand eine Fischerhütte, die einem gehörte, der als ein solcher Glücksvogel galt. Denn zwei große Boote und mehrere kleine schaukelten sich an den Pfählen im Wasser, wo sie befestigt lagen; mehrere lange Netze hingen an den Steinen zum Trocknen ausgepannt. Das Haus war auch nicht ganz klein, sondern lang gestreckt, stand es auf starken Kreuzbalken, hatte mehrere Fenster, freilich nicht eben hoch und breit, doch helle Scheiben darin und dahinter Vorhänge von rotem Kattun. Ueberhaupt sah es ordentlich und reinlich aus, und obwohl es, wie alle Häuser und Hütten im Lande, ganz aus Holz gebaut war, zeichnete es sich doch vor manchen anderen aus, denn es hatte einen rötlichen Anstrich, und die Fensterkreuze waren weiß gefärbt.

Das Pfarrhaus über seinem Kopfe und mancher Gaard der wohlhabenden Bauern umher sahen freilich viel größer und schöner aus; doch wie es da vorn auf dem Vorsprunge stand, frei nach Otterde hinüberblickte und nach Molde, zur Rechten in den tiefen Løvsfjord und gerade aus über das ganze Wasser hin bis auf die Trollinden und Romsdalen, schien es schöner gelegen, als alle übrigen. Eine liebliche Stelle war es, denn die Felsklippen schützten es von zwei Seiten vor rauhen Winden und schlossen den kleinen Grund hinter dem Hause ein, wo Nessel- und Kirschbäume bestanden in dem hohen Graslande.

In diesem Hause, das er vor zehn Jahren neu gebaut, wohnte Gullit Hansen, der Fischer. Von allen Leuten umher wurde er geschätzt als ein ehrenhafter, verständiger Mann von großem Fleiß, und obwohl er sich auf seine Vorteile im Handel und Wandel gut verstand, auch von Rechtspflichten. Die Kaufleute in Molde machten gern mit ihm Lieferungsverträge, und der Pfarrer, Herr Jons Bille, kein gelehrter Nachbar, sprach oft mit ihm und hielt gute Freundschaft, obwohl er von seiner Gemeinde als ein stolzer und hochfahrender Mann betrachtet wurde, der es am liebsten mit den Reichen hielt.

Gullit Hansen befand sich an dem Tage, wo diese Geschichte beginnt, nicht zu Hause, aber die Bank neben der Tür, auf welcher er zu sitzen pflegte, war darum doch nicht leer. Denn es sah dort seine Tochter Sigrid, ein achtzehnjähriges Mädchen, neben welcher mancher junge Burck gern gesessen und ihr geholfen hätte, wenn sie es gelitten. Sie saßte an den Mägen eines alten Netzes, wie dies Fischerkinder tun müssen, und das Netz lag auf ihrem Schoß und auf dem Erdboden zu ihren Füßen; in der Hand hielt sie ein rundes Holz, wie eine lange Nadel, um welche festes Hanngarn gewickelt war, mit dem sie die neuen Mägen einsteckte. Sigrid war Gullit Hansens einzige Tochter, er hatte jedoch auch einen Sohn, doch dieser war acht Jahre jünger als seine Schwester. Es war ein ziemlich schwächlicher Knabe, des Vaters Liebling, auch deswegen, weil er seiner Mutter ähnlich sah; diese war gestorben, da er kaum sechs Jahre zählte. Von jener Zeit an hatte Sigrid des Vaters Hauskalt geführt und den kleinen Bruder Anders behütet und gepflegt, wie eine sorgsame Mutter tun würde; dennoch war es ein nettes, munteres Mädchen mit hellen großen Augen und braunen Haaren, mit Zähnen, die sie in zwei vollen Reihen zeigte, wenn sie lachte, was häufig geschah, und mit einem Gesicht, in welches die allermeisten gern hineinschauten, mochten sie jung oder alt sein. Sie war stark und groß; alle Arbeit wurde ihr leicht, und von ihrer Mutter hatte sie Ordnungssinn, von ihrem Vater Ueberlegung und festen Willen geerbt.

Wie Sigrid mit dem Netze beschäftigt, emsig schaffte, ging die Sonne tiefer an dem Himmel hinab und schien bald nicht mehr weit davon, sich ins Meer zu verrenken. Ihr Licht wurde goldig rot und überstrahlte aufs schönste den ganzen Fjord und die hohen Trollinden in den Romsdalsfjellen mit allen ihren wunderlichen Fingerringen, die bald wie Schloffer der allen Riesentörnige, bald wie perleinterne festsame Gesäße aussehenden, von denen es viele, Sagen gibt. Sigrid sah zuweilen hinauf zu den Tinden, und einige Male, als sie dies getan, sah sie auch leuchtend in den Løvsfjord hinein, der sich bald zwischen steilen hohen Felsen einbuckelte. Dort aber lag an dem entgegengesetzten Ufer auch ein Fischerhaus unter drei hohen weißen Birken, die ihre langhängenden Zweige auf sein Dach herabtraufelten. Die Sonne beschien es eben mit ihrem feurigen roten Lichte, und es sah sehr schön aus, wie das dünne Gesträuch und die weichen Stämme und Äste davon überglüht wurden. Vielleicht sah Sigrid eben deswegen so lange hin und war in ihren Gedanken so damit beschäftigt, daß sie ihre Arbeit vergaß und ihre Hände in den Schoß legte. Denn viel anderes zu sehen gab es dort nicht. Das Land umher schien öde, und die Hütte selbst unbewohnt, da weder Boot noch Netze zu erblicken waren, auch die Läden vor den Fenstern lagen.

Fortsetzung folgt.



Ata

*Putz mit Ata Topf und Herd
Weil's den schönsten Glanz beschneid!*

Henkel's Putz- und Scheuerepulver;
für Haushalt, Gewerbe und Industrie
unentbehrlich.
Alleinige Hersteller:
HENKEL & CO., DÜSSELDORF.

(7768)

L. F. G.

Fischversorgung Lübecks.

Den bisherigen Verkaufsstellen sind weitere angegliedert. Nunmehr wird mit Sonnabend auch der Verkauf an der **Hütertort-Brücke** aufgenommen.

Man achte bei den Ladengeschäften, in der Markthalle, bei den Straßenhändlern sowie an der Holsten-, Dreh- und Hütertort-Brücke auf unsere Plakate. Diese bieten die Gewähr für das Feilbieten eines lebendfrischen und preiswerten Fisches in bester Sortierung.

Die von uns unter der Bezeichnung

Lübecker Spitten-Dorsch und Lübecker Butt

in den Handel gebrachten Ostseefische haben infolge sorgfältiger Behandlung seitens unserer Fischer mit Recht ihren bekannten guten Ruf. Der Dorsch wird in den frühen Morgenstunden bei der Anlandung lebend aufgespitzt und der Butt gleichfalls in den Morgenstunden lebend angeliefert, um in kürzester Zeit mittels Kraftwagen, Straßenbahn oder Boot nach Lübeck geschafft und dort in dem geeignetsten und bestsortierten Zustande ausgehandelt zu werden. Der lebende Transport und danach das Feilbieten in scheinbar lebendem Zustande in Lübeck hat sich bei Ostseefischen mit Rücksicht auf die schädlichen Einflüsse des zu Zeiten an gewissen Stellen verseuchten Travewassers als nicht empfehlenswert erwiesen.

Lübecker Fischer-Genossenschaft (Gis Travemünde).

7790

Telegramm!

An die Bevölkerung Lübecks und Umgebung!
Eben eingetroffen:
1000 Paare prima schwere Drehhosen, spottbillig.
Für die Güte der Ware wird garantiert.
Ferner Herren- u. Jünglings-Anzüge, Paletots, Mäntel, warme Wollwesten, Hausbienerwesten sehr preiswert.
Al. Posten Schuhwaren, neue und wenig getr., für Herren u. Damen, fl. Posten fertig gekantete Kindersohlen, norm billig bei **7780**
Wilhelm Blunck
19 Sartiengrube 19.

Empfehle diese u. nächste Woche pa. dickfettes **7796**

Hufener Matkoffenfleisch.
In Qualität unerreicht. Pa. fettes Hammel- u. Schweinefleisch, Kalbfleisch, billig, 100 bis 120 Mk. p. Pfd. ff. fetten ausgebratenen Kalb, sowie sämtliche Wurstsorten in bester Qualität.
Auch f. Wiederverkäufer.
Otto Reining,
Lübeck-Stockelsdorf,
Schlachtereie und Wurstfabrik. Telefon 1521.

werden in modernster Ausführung angefertigt bei **Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**

Kolosseum Ball

Jeden Mittwoch und Sonnabend
Kassöffn. 6 1/2 Uhr.
Joh. & R. Mittag. (7765)

Morgen Sonnabend
Verein der Süddeutschen und Oesterreicher
Großes Münchner Oktoberfest

Zentral-Hallen. Sonnabend u. Sonntag: **Gr. Tanzfränzchen.** 7795

Verein d. Süddeutschen u. Oesterreicher.

Sonnabend d. 7. Okt. im Kolosseum
Groß. Münchener Oktoberfest.
Neu! Tanz mit Vielmusik. Neu!
Humor und Gemütlichkeit,
Kassöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Ende: Wenn alle gehen! 7767

Friedrichshof

Morgen, Sonnabend, den 7. Oktober
erster großer Familienball.

Anmeldungen für das Winterhalbjahr 1922/23 finden im Lokale statt. 7778

Grosser Ball.

Eintritt frei. Anfang 6 Uhr.

Moisinger Baum.

Morgen Sonnabend, 7. Okt., Anf. 7 Uhr:
Gr. Herbstball m. Künstler-Vorträgen
u. Elektr. Lübeck's unter Mitwirk. d. jugendl. Stimmungslang.
Gretel v. Walden sowie des bel. Humoristen
Herrn. Waron. Der Vergnügungsaussch. 7784

Sozialdemokr. Verein Ortsgruppe Moising.

Mitglieder-Versammlung 7789
am Sonnabend, 7. Okt. abends 8 Uhr
im Kaffeehaus.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Café „Vaterland“

Täglich Konzert
der (7788) Hamburger Künstler-Vereinigung.
Direktion: Adolf Martens

Trocadero.

Schüsselbud. A. F. 787
Täglich Nachmittags-Konzert. 7704
Anfang 5 Uhr. Abends 8 1/2 Uhr:
Wiener Stimmung.

Geniner Baum.

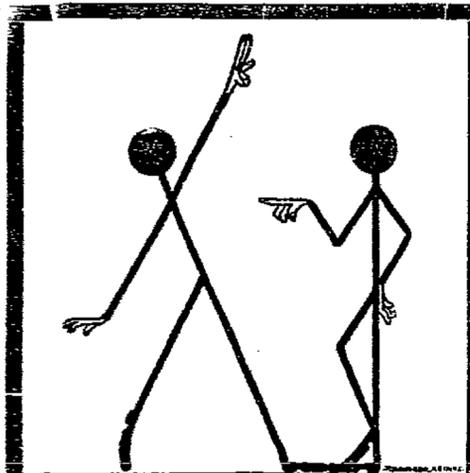
Morgen Sonnabend: **Ernteball.** 7798

Hansa-Theater.

Heute Freitag 7 1/2 Uhr:
Die beiden Nachtigallen.
Sonnabend u. Sonntag 7 1/2 Uhr: (7774)
Ihre Hoheit die Tänzerin

Stadttheater Lübeck

Freitag, 6. Okt., 7.30 U.
Ab. A: Galtspiel **Weg Otto: Fuhrmann Genschel.**
Sonnabend, 7. Okt., 7.30:
Die Fahrt ins Blaue.
4. Vorst. i. Sonnab.-Abonn.
Sonntag, 8. Okt., 3 Uhr:
Vorst. f. d. Plattbüch. **Gilde: Anner Lübkimmer.** (7787)
7.30: **Der Mustant,** hierauf: **Die Puppenfee.**
Montag, 9. Okt., 7.30:
Vorst. f. d. Volksbühne: **Die Jüdin.**
Nachzahlungen von Abonnements = Gelbern nachmittags von 3-6 Uhr an der Theaterkasse.



So wie dieser
schwören Tausende auf die Haltbarkeit der
Leder- und Gummisohlen und Absätze
von der
Reform-Schuhwaren-Reparatur und Stepperei
Großbetrieb
50 Hügstraße 50.
Robert Jentzen.
Fernsprecher 2873.

7799

Junge Leute, (7760)
d. zur See sehr. woll. erh. schiffel. Ausrüstung und **Rat. Auskaffel Hamburg 35, Schiff. 112, R. 216.**

Woll- u. Seidenstoffe
Herrenstoffe 7759
in großer Auswahl.
Wasser- u. Regen- u. Gummihüte
Ang. Janensch
Sandstraße 6.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (7782)
Otto Albers
Markt 4 Kohn. 10

Nach mehrjähriger Ausbildung an der Universitätsaugenklinik in Kiel (Geheimrat Heine) habe ich mich in **Lübeck, Breite Straße 59, 1** niedergelassen als (7769)
Facharzt für Augenkrankheiten
Dr. med. Walter Kreuzfeldt.
Sprechstunden: Werktäglich v. 10-1 u. 4-5 Uhr.
Sonnabend nachmittags keine. Fernspr. 1434.

Neu-Gründung!
Filiale Hügstr. 43.
1a. frische Margarine
pr. # 200.-, 210.-, 220.-
Lübecker Margarine-Centrale 7777

Karl Möller, Wiefedestr. 44
Fernsprecher 2336
Frisches fettes Rindfleisch # 100.-
Frishes Sauk # 120.-
Kollfleisch, Beetfleisch # 140.-
Kalbfleisch # 100.-
Fettes Hammelfleisch und Schweinefleisch vorzüglich.
Sämtliche Wurstsorten zu den billigsten Tagespreisen. (7792)

Achtung! Markthalle St. 16 u. 34
fr. fette Ochsenbut. Pfd. 56.-, Knochen Pfd. 10.-
fr. Gut Pfd. 100.-, fr. Leber- u. Ochsenherzen.

Hasen-Kanin-sowie sämtl. Sorten
Felle
und Tierhaare (7781)
kaufen zu höchsten Tagespreisen
Gebr. Wagner
Dankwartsgrube 26
Holstenstraße 8
Feil-Spezialhaus Fernruf 3414

Delze
kaufen Sie jetzt noch vor-
teilhafter im
Pelzhaus

Friedr. Zimmermann,
Königstr. 24. Ecke Pfaffenstr.
Zobel, Skunks, patagonische Kanin-Kolliers von 950 Mk. an.
Echle Krage von 1800 Mk. an.
Auf teure Sachen kann angezahlt und können die Gegenstände auf Wunsch zurückgestellt werden. 7762

Das bedeutet reelle Günterhaus für Arbeiter und jeden Beruf!

Ein Posten starke Schuhwaren:
Starke Stahlfel, Lederstiefel
1 Paar Herrenstahlfel 2500.
1 da. Herrenstahlfel 2760.
1 da. Damenstahlfel 1850
elegant mit Saftappe.
Elegante Damen- Herren- Kinderstiefel in allen Größen.
Warme Gummistiefel, Gummifel uim.
Starke Lederstiefel. (7785)
Elegante Herrenanzüge 6950.-,
9900.- bis 22000.-
Eleg. geit. Hosen 980.- und besser
Starke Arbeits-, Wand- u. Kuchstiefel,
Loden- u. Wand-Regen.
Gummistiefel 3900.-, 8175.-,
Bemerkend, bestm. reelle Qualität.
Mod. elegante Damenmäntel, Röcke,
Blusen, Strickjassen, Mäntel,
reizende Kleider, schöne Haars

Ehlers & Reelwisch
Hofstr. 1. St. Petri 2-4.
Leinen - Aussteuer - Betten.
Unsere reellen Qualitäten sind weit bekannt!

Freistaat Lübeck.

Freitag, 6. Oktober.

Das Elend.

„Das Elend greift in jeden Menschenhaufen Und faßt mit Kreischen Kind und Mann und Greis: Den treibt's zum Hängen, Jenen zum Erlaufen, Den wirft es lachend in des Lärkers Kreis, Und wo es schreit, da liegen sie am Wege, Von Ungeheuer und von Schmutz beschwert, In einem dumpfig, kotigen Gehege; Das hier und da die schwarze Post durchfährt.“

Wes Augen hier sich zaghaft nicht verschließen, Ihr Recht bezweifelnd an dem Gottgenuß, Wenn hier die Tränen nicht vom Auge fließen, Wenn er empfängt der Schönheit holden Gruß, Und so zu fühlen ihm in tausend Qualen Die Menschheit fallend sich und ächzend krümmt Und von den reichgefüllten Schönheitsschalen Nicht eine Gabe sich hinunternimmt; Wes Augen hier, in eigenem Freudens Vergehend, nicht des Jammers Stimme hört, Wenn hier ein mächt'ger breiter Strom der Leiden Nicht seines Freudens Spiegel stört — Der ist nicht wert, den Himmel zu empfangen, Dem sei vergällt der schmähliche Genuß, Dem hemmen tausend Seile, tausend Jangen Erbarmungslos den lustbegier'gen Fuß!“ (Gerhart Hauptmann: „Promethidenlos“.)

Papiergeld.

Papierseken, zerrißen, voll Dreck, Fett und bekrummt, nennen wir heute Geld. Jeder verachtet es und möchte doch recht viele davon haben. Seine Verachtung drückt jeder durch die Behandlung aus, die er dem Papiergeld angedeihen läßt. Er nimmt es in die Faust, zerbricht es zu einem Ball steck es in die Hosentasche oder Westentasche zur Aufbewahrung, wenn er es nicht in den Einkaufsfort zwischen Matzagine, Kartoffeln, Sauerkraut und ähnliche Bestandteile wirft. Davon erhalten die Papierseken ihre nettes Aussehen. Sie tragen von der Geburt an bis zum Tode die Merkmale ihrer Wanderung mit sich herum. Und wenn dann jemand einen recht netten Schein in die Hand gedrückt bekommt, schimpft und donnert er über das dreifige, lumpige Papiergeld. Das ist immer so. Die andern sind schuld.

Da steht ein Mann beim Kohlenaustraden. Ein anderer kommt hinzu, zählt ihm Geld in die Hand. Diese Hand konnte selbstverständlich nicht aussehen wie die Hand eines Bureaufranken. Deshalb bekamen die Scheine alle das Siegel des Kohlenarbeiters: Daumen und Zeigefinger in schönem Schwarzdruck. Im Konsumladen steht eine Frau und räsonniert über die „Dreckklappen“, die sie herausbekommen hat. Dabei bemüht sie sich, die Scheine in ein kleines Geldtäschchen von höchstens vier Zentimeter im Quadrat zu stopfen. Leicht ist das nicht, aber schließlich gelingt es. Irrend jemand macht die Frau darauf aufmerksam, daß sie durch ihre Behandlung des Papiergeldes mit dazu beitrage, daß die Scheine so brüchig und zerfetzt aussehnen. Mit Grazie warf sie den Kopf zurück, steckte die Nase in die Luft und drehte dem wohlmeinenden Ratgeber den Rücken zu. Die Behandlung des Papiergeldes wurde bei ihr sicher nicht besser. Immer nur die andern! Verdamm! warum halten sie das Geld nicht sauber!

49 Millionen für den Wohnungsbau.

Die Baubehörde, Abteilung für Wohnung und Siedlung, hat beantragt, ihr zur Fertigstellung bereits begonnener Bauten 9 000 000 Mk. und zur Fortführung von Wohnungsbauten im Jahre 1922 40 000 000 Mk. zur Verfügung zu stellen. Nach einer Zusammenstellung des Baubürochors Kasper beträgt der Gesamtschuldenbetrag an Wohnungsbau Ende 1922 1607. Für die Errichtung von nur 500 Wohnungen in Neubauten und 100 Wohnungen in vorhandenen Privathäusern ist eine Summe von 172 500 000 Mk. als erforderlich bezeichnet. Mit der erbetenen Summe wird daher dem Wohnungsbedarf nur in geringem Maße entsprochen. Der Senat ist mit der Finanzbehörde und der Baubehörde der Ansicht, daß die 9 000 000 Mk. für die Fertigstellung angefangener Bauten auf jeden Fall bewilligt werden müssen, da dem Staate sonst ein weit höherer Schaden entstehen würde. Das

Geld wird sich beschaffen lassen. Die Reichsregierung hat den Ländern insgesamt einen Betrag von 3 Milliarden Mark zur Fertigstellung angefangener Bauten als Darlehn zur Verfügung gestellt, wovon 560 000 000 Mark auf Lübeck entfallen. Der Betrag ist mit 7 Proz. zu verzinsen und bis spätestens 30. September 1923 zurückzahlen. Er ist vorweg aus der Abgabe der Förderung des Wohnungsbau zu tilgen. Der Rest von 3 400 000 Mk. ist vorläufig bereiten Mitteln zu entnehmen und endgültig auf Anleiheemittel zu verbuchen.

Bezüglich der von der Baubehörde angeforderten 40 000 000 Mark hat die Finanzbehörde berichtet, daß sie erhebliche Bedenken tragen müsse, noch derartig hohe Beträge für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Wenn aber der Wohnungsbau weiter fortgeschritten solle, sei die Bereitstellung der Mittel nicht zu umgehen. Es müsse aber unbedingt daran festgehalten werden, daß die Bewilligung der Mittel von deren Ausführung durch Steuern abhängig gemacht werde, durch Anleihen ließen sich die Gelder nicht mehr beschaffen. Die Verwendung von Anleiheemitteln für Baukostenzuschüsse müsse auch als unzulässig bezeichnet werden. Vorgeschlagen werde die Erhöhung des Zuschlages zur Grundsteuer zur Förderung des Wohnungsbau von 12½ auf 62½ vom Tausend des gemeinen Wertes der Grundstücke, wodurch jährlich etwa 30 Millionen Mark aufgebracht würden.

Der Senat teilt die Auffassung der Finanzbehörde und stellt demnach einen entsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft.

Wer verlangt, muß auch opfern!

Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin ermarket von der Partei und deren Presse, daß sie ständig daran arbeiten, die Lage der arbeitenden Klasse zu bessern. Ohne das große Ziel, den Sozialismus, aus dem Auge zu verlieren, muß in unzähligen Kämpfen dafür gekämpft werden, daß schon jetzt der gesamten Bevölkerung das Leben so erträglich wie möglich gemacht wird. Aber: zum Kämpfen gehören Waffen, die scharf, wuchtig und jederzeit gebrauchsfähig sind. Diese Waffen im großen Emanzipationskampf der Arbeiterklasse sind die politische Organisation,

Die Sozialdemokratische Partei und die Arbeiterpresse.

Für die Erhaltung dieser im Kampfe bestens bewährten Waffen gilt es ideale und materielle Opfer zu bringen. Es gilt namentlich die durch maßlosen Papierwucher

in ihrer Existenz bedrohte Arbeiterpresse

auf das wirksamste zu unterstützen. Niemand, der da verlangt, darf Opfer scheuen.

Darum, Parteigenossen und Genossinnen, Arbeiter und Arbeiterinnen, opfert vor allem für die Arbeiterpresse, indem ihr unerschütterlich werdet für den

Lübecker Volksboten.

Rückförförderung der Ehepaare.

Die Ziffer der Ehescheidungen hat sich auch im Deutschen Reich bis zum Jahre 1920 außergewöhnlich gesteigert. Im Jahre 1913 kamen auf 100 000 Personen der Bevölkerung 28,6 Ehescheidungen. Diese Ziffer stieg im Jahre 1919 auf 36,2 und im Jahre 1920 auf 59,1. Die Ziffer ist am höchsten in den Großstädten. An der Spitze steht Hamburg (223,6), es folgt Berlin (219,7). Von den größeren Staaten ist die Ziffer am höchsten in Sachsen: 68,6. Sie beträgt in Preußen 58,8, in Baden 50,9, in Bayern 50, in Württemberg nur 34,4 und in Anhalt 28,5. Zweifelslos ist die starke Zunahme der Ehescheidungen in der Hauptache durch zahlreiche überreife Ehescheidungen während des Krieges und unmittelbar nach dem Kriege sowie durch die besonderen Kriegszustände bedingt. Für die Jahre 1921 und 1922 liegen noch keine Zahlen vor. Aus den Erfahrungen der Gerichte ist aber ohne weiteres zu schließen, daß die Ehescheidungen in einem starken Rückgang begriffen sind. In der amerikanischen Zeitschrift „Current History“ wird die sehr interessante und äußerst aktuelle Frage eingehend behandelt,

ob die in allen Ländern zunehmenden Ehescheidungen eine soziale Gefahr bilden. Es wird versucht, hinter den äußeren Veranlassungen die tieferen Gründe für das rapide Anwachsen der Ehescheidungsprozesse in Amerika aufzuspüren. Insbesondere wird eingehend untersucht, ob diese für die Gegenwart charakteristische Erscheinung als ein Symptom des moralischen Verfalls unseres Zeitalters betrachtet werden muß. George L. Koehn, ein in Amerika wohlbekannter Gesellschaftsforscher, stellt zunächst fest, daß die normale Ehescheidung an und für sich keineswegs die „Zerförförderung des Ehegedankens“, sondern vielmehr eine „Rückförförderung der Ehepaare“, ein heilsames Mittel zur Hebung der Sitten bedeutet.

Eine der wichtigsten und ausschlaggebendsten Ursachen der zahllosen Ehescheidungen sieht der Verfasser in der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Die Zahl jener Frauen, die sich durch einen selbständigen Beruf wirtschaftlich unabhängig von der Heirat gemacht haben, ist im Zunehmen. Diese Selbstständigkeit des Berufs und die daraus resultierende Unabhängigkeit vom Manne hat in Amerika anscheinend sehr zur Lockerung und späteren Scheidung vieler Ehen beigetragen. Aus diesem Stande der Dinge ist es auch zu verstehen, daß heute mehr als je die Frau als Antragsteller in Ehescheidungsfragen auftritt. Im Jahre 1916 kamen auf 70 000 von Frauen eingereichten Klagen nur 30 000 Anträge auf Männer. Interessant ist die Erscheinung, daß nur 6 Prozent aller Klagegründe die wirtschaftliche Unzulänglichkeit des Mannes bezeichnen. Daraus erklärt sich auch, daß unter den erwähnten 70 000 weiblichen Antragstellern 54 000 freiwillig auf die gesetzliche Zahlung von Alimenter verzichten.

Das neue Geld.

Am heutigen Tage wird die Reichsbank mit der Ausgabe der neuen 500-Mark-Scheine begonnen. Der Schein ist etwas höher, aber kürzer als der Tausender und trägt auf der Vorderseite einen Kopf, der nach einem Gemälde von Hans Memling gezeichnet, aber in wesentlichen Teilen verändert worden ist. Man wird von den neuen Scheinen täglich eineinhalb Milliarden in den Verkehr werfen und hofft dadurch, die Geldzirkulation nunmehr flüssiger gestalten zu können. Man erwartet, daß der Fünftausender, im Gegensatz zu dem leider sehr unpraktischen Zehntausender, sich zu Lohnauszahlungen verwenden und für den Kleinverkehr benutzen lassen wird. Gleichzeitig trifft man Vorbereitungen für die Herausgabe des neuen Hartgeldes. Die Prägungen für kleinere Münzen sind bekanntlich eingeleitet worden, man prüft augenblicklich nur noch die Dreimarkstücke. Gleichzeitig bereitet man aber die Herausgabe von Zehn- und Zwanzigmarskücken vor. Das Zehnmarskstück wird etwas kleiner als das Dreimarskstück im Frieden sein, das Zwanzigmarskstück etwas kleiner als das „friedliche“ Fünftmarskstück. Man hat schon bei der Herstellung der Dreimarskstücke die Ausgabe der Zehner und Zwanziger erwogen und die Münzen deshalb durchweg recht klein gehalten. Eine weitere Verkleinerung der Münzen ist nach Ansicht der Sachverständigen aus Gründen der Handlichkeit nicht möglich. Der Zwanziger und vielleicht auch der Zehner wird mit einem Kupferkern versehen werden, der sich in Form eines feinen, 0,3 Millimeter starken Streifens quer durch die Münze ziehen wird.

Arbeiter, folget nicht!

Die Kommunisten hatten bekanntlich beschlossen, überall im Reich am 1. Oktober wuchtige Demonstrationen abzuhalten. Die Parole lautete: „Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte.“ Gleichzeitig sollte auch Stimmung für den am 22. Oktober geplanten wilden Reichs-Betriebsräte-Kongress gemacht werden. Der Vorstand des DGB und des IFA-Bundes haben vor der Beteiligung an dieser kommunistischen Veranstaltung gewarnt, da das ganze eine politische Aktion ist, die dazu dienen soll, die Gewerkschaften zu bekämpfen und die Kraft der Arbeiterkraft zu zersplittern. Trotz des klärenden Fiascos, das die Moskajünnger mit der Rundgebung überall erlebten, wollen die hiesigen Kommunisten am Sonnabend doch eine Demonstrationsveranstaltung abhalten. Sie verbreiten jetzt Flugblätter mit der Forderung: Preisfestsetzung durch die Betriebsräte und Beibehaltung der großen Wohnungen usw. Man spricht in dem Flugblatt von einem Reichsausgleich der deutschen Betriebsräte, der weiter nichts als ein kommunistisches Gebilde ist und der gegen die wirklichen Betriebsräte arbeitet. Die ganze Aufmachung des Flugblattes, welches lediglich von kommunistischen Betriebsräten unterzeichnet ist, ist auf eine Irreförförderung der Arbeiterchaft angelegt. Die übergroße Mehrzahl der Lübecker Betriebsräte hat mit der Sache nichts zu tun und bekämpft diese kommunistische Zersplitterungs-Aktion entschieden. Daher warnen wir die Lübecker Arbeiter, sich an dieser Aktion zu beteiligen, die nur von Schädlingen der Arbeiterbewegung ins Werk gesetzt ist. In dieser Zeit der schweren Not muß die Arbeiterchaft einig und geschlossen dastehen; politische Sonderaktionen bringen nur Verwirrung. Das hat die Arbeiterchaft überall erkannt und daher den Heilsaposteln die Gefolgschaft verjagt. Die Lübecker Arbeiter müssen ebenso handeln. Niemand bereite sich daher an dieser Demonstration!

Was bist du deinem Parteiblatt schuldig?

Im Karlsruher „Volksfreund“ finden wir folgende Briefkastennotiz:

„M.-W., Darlandern. Es ist doch etwas zu viel von uns verlangt, einen Bericht vom Volksliedabend des Arbeitervereins „Edelweiß“ aufnehmen zu lassen, während der Verein keine Druckerarbeiten dazu in einer Darlander Druckerei ausfertigen läßt und das Inserat zum Volksliedabend im Darlander Anzeiger veröffentlicht. An die Arbeiterdruckerei „Volksfreund“ denkt man scheint in dieser Beziehung nicht, sondern die Arbeiterzeitung hält man zur Aufnahme von Berichten gerade gut genug; sie zu unterstützen wird allem Anschein nach für überflüssig gehalten. Der Grundsatz „Treue um Treue“, der doch sonst in der Arbeiterbewegung hochgehalten wird, muß auch gegenüber der Arbeiterzeitung gelten, was man sich in den Darlander Arbeitervereinen besonders merken sollte. Es gilt aber auch für eine Anzahl anderer Orte.“

Wir drucken diese Notiz ab in der Hoffnung, manchen auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinen in unserem Verbreitungsgebiete das Gewissen zu schärfen. Ein jeder Genosse habe genau acht, ob in seinem Verein nicht dieselben Sünden gegenüber der Druckerei des „Lübecker Volksboten“ begangen werden, die in obiger Briefkastennotiz gerügt werden. Aber auch bürgerlichen Vereinen soll sie eine Mahnung sein, besonders denjenigen, die unserer Redaktion lange Notizen und Berichte schicken, Inerate aber nur an bürgerliche Zeitungen geben. Es kommt auch in Lübeck vor, daß Vereine, in denen jeder Genosse die Weisheit bilden, ihre Druckereien in anderen Druckereien herstellen lassen. Genossen, räumt mit solchen Mißständen auf!

Marin Gorki und der Untergang des Abendlandes.

Die wissenschaftlichen Voraussetzungen, auf dem Spengler seine These aufgebaut hat, sind heftig bestritten, im einzelnen wohl auch stark erschüttert worden. Die Überzeugung aber von dem furchtbar drohenden Ernst der differenz Prophezeiung, für die er das Schlagwort geprägt hat, setzt sich angesichts der Vergeßlichkeit der Veruche, den Geist Europas für Erwägungen der Vernunft und der Menschlichkeit wieder zugänglich zu machen, immer mehr durch. In der Pariser „Humanité“ nimmt Marin Gorki diesen Gedanken in einem Artikel auf, den wir im folgenden wiedergeben.

Nansen, dessen Herz von feuriger Liebe für die Menschheit brennt, hat uns eine furchtbare Schilderung der Wirklichkeit gegeben. Aber diese Wirklichkeit ist noch schrecklicher als seine Darstellung, und zwar deshalb, weil es gewiß ist, daß auch Nansens Ueberredungskunst nicht genügt, um die Gleichgültigkeit des Europa von heute zu überwinden.

Nansen, Keynes, Nitzi und ein paar andere Vorkämpfer der Vernunft und des Gemüßens der Menschheit haben in flammenden Worten von der Notwendigkeit gesprochen, die Nächstenliebe wieder zu erwecken und neue, von Vorneurteil und Unvernunft unabhängige Beziehungen zwischen den Staaten Europas zu schaffen. Aber noch zeigt sich unserm Blick nichts, das uns hoffen ließe, daß die menschenfreundlichen und uneigennütigen Anstrengungen solcher Männer irgend eine wirksame Sympathiebewegung für die Millionen russischer Bauern, die Stammesgenossen Tolstois und Dostojewskis, die an Hunger sterben und in Kannibalismus verfallen, hervorzurufen werde. Nichts läßt uns hoffen, daß das, was sich als unausschließliche Folge aus der Blünderung Deutschlands ergeben mußte, die letzten umgestimmten vernünftigen, die hartnäckig auf seine wirtschaftliche Vernichtung hinarbeiten. Seit dem kriegsähnlichen Krieg von 1914/18 habe ich den Glauben an den Geist Europas verloren. Mir scheint, daß kein klarer Blick ihm verloren gegangen, und daß seine Seele verderbt ist, daß irgend ein etelhaftes Gift seine Gesundheit untergräbt und das Große und Edle bedeckt, das wir früher an ihm bewunderten. Und doch ist Europa der Mittelpunkt aller schöpferischen Tätigkeit der Welt, der Mittelpunkt, von dem aus Künste und Wissenschaften und technische Errungenschaften ausgingen, die Wunder geschaffen haben. Ich vergesse dabei freilich nicht, daß Europas Politiker

und Ausbeuter — verschiedene Bezeichnungen für dieselben Persönlichkeiten — immer gewöhnt waren, ihre Opfer bei lebendigem Leib zu schinden. Dennoch mühen wir uns im Bemühen zu halten, daß es Europa gewesen ist, das über die Welt den Gedanken der Gleichheit und den Reichtum seiner Kultur verbreitet hat, seine Fahgier selber hat noch heilsame Gegenbewegungen, seine Fühllosigkeit Bestrebungen nach einer Verbesserung der Menschheit hervorgezufen.

Heute aber scheint Europa seine moralische Autorität als Opfer auf dem Gebiet des Geistes unumkehrlich verloren zu haben. In dem chaotischen Zustand, in den es nach vier Jahren eines bestialischen, unter Mißbrauch des Wortes Christentum geförförten Krieges verfallen ist, in seiner Gleichgültigkeit gegen den Todeskampf des russischen Volkes, hat es auch Mien und Afrikas Achtung eingebüßt. Sein moralischer Nimbus ist verwunden vor ihren Augen.

Ich bin kein Politiker. Ich bin nur ein Russe, der sich der Bedeutung Europas für Rußland und die Welt bewußt ist, und der an das ungeheure Gewicht der geistigen Kräfte glaubt, denen wir die schöpferischen Ideen der Humanität und des Sozialismus danken, und die in wundervollem Fortschreiten auf dem Gebiet der Wissenschaft und in unermüdeltem Arbeiten die Welt mit vollendetem technischen Rüstzeug ausgestattet haben. Aber ich kann nicht darüber hinwegsehen, daß die Bewohner Europas nur eine kleine Minderheit in der Bevölkerung des Erdballs darstellen, und daß innerhalb der europäischen Gemeinchaft jetzt eine wachsende Schicht von Menschen entstanden ist, der nichts mehr heilig gilt, die nichts mehr zu erheben vermag, und deren Gemüß knechtliche Arbeit, Erniedrigung und Hunger, das natürliche Ergebnis der vermorshenden und vorabschauungswürdigen Klassenherrschaft, zur Verwirrung und Vernichtung treiben. Dies alles läßt mich glauben, daß, wie einst in den Tagen Roms, jetzt wieder in Europa ein Ende bevorsteht, herbeigeförfört durch den Druck fremder Rassen von außen und durch die Entzündung der in seinen eigenen Grenzen durch Fahgier und Neid, bösen Willen und Rachgier aufgepörförten Explosivstoffe.

Diejenigen, deren Wahlspruch von jeher das Wort gewesen ist: „Nach uns die Sintflut.“ werden sich ohne Zweifel über diese Gedanken lustig machen. Es wäre besser, sie würden ein wenig darüber nachdenken. Es scheint mir Dinge darin berührt zu werden, aus denen alle ernsthaften und aufrichtigen Menschen sehr reale Folgerungen ziehen sollten.

Der Schiedspruch für die Sechshundertsten wurde von den Arbeitnehmern mit 20 351 gegen 18 853 Stimmen angenommen. Auf Grund der Bekanntmachungen, welche die Unternehmer in ihren Betrieben gemacht haben, hat die Zentral-Werft-Kommission beschlossen, da das Lohnabkommen von Unternehmenseite abgelehnt worden ist, sofort die Verbindlichkeitsklärung in Berlin zu beantragen. Dieses ist geschehen. Beide Parteien werden in aller Kürze vom Reichsarbeitsministerium nochmals zu einer Sitzung geladen werden, und falls dann keine Einigung erzielt wird, wird das Reichs-Arbeits-Ministerium Stellung zur Verbindlichkeit nehmen.

Die Freibadeanstalten Moisling, Finkenberg, Falkenwiese und Macli werden am Sonnabend, dem 7. Oktober geschlossen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Sonnabend Erkaufführung des Lustspiels: Die Fahrt ins Blaue. Das Stück wurde an allen größeren Bühnen mit großem Erfolg gegeben.

Hansa-Theater. Heute Freitag, 7 1/2 Uhr, wird die reizvolle Operette „Ihre Hoheit die Tänzerin“ abend und Sonntag die von der vorjährigen Spielzeit so beliebte Operette „Ihre Hoheit die Tänzerin“.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Das Telephon als Muziker. Die Hamburger Hochbahngesellschaft will einen Versuch anstellen, um in den Hochbahnzügen in allen Wagen vor dem Einlaufen in der Haltestelle den Namen dieser Haltestelle ausrufen zu lassen. Zu diesem Zweck ist im Führerstand eines Probezuges ein Mikrophon anbracht, ferner in jedem Wagen zwei laut sprechende Fernsprecher. Der Führer hat also nichts weiter zu tun, als vor jeder Haltestelle möglichst deutlich den Namen der Haltestelle auszusprechen; seine Stimme ertönt dann wesentlich verstärkt in allen Wagen wieder, so daß die Fahrgäste auch bei der Dunkelheit und bei günstigem Wetter sofort wissen, ob ihr Ziel erreicht ist. Jedenfalls handelt es sich um eine Neuerung, die bisher in Europa noch nicht bekannt ist.

Hamburg. Aus der Tätigkeit des Muzikamts. Von Beamten des Muzikamts wurde der Verkaufsstand eines Karrenhändlers überholt und hierbei festgestellt, daß dieser sein Obst mit einem Preisaufschlag von 54 bis 82 Prozent verkaufte. Da dieser Gewinn entschieden zu hoch ist, wird ein Verfahren wegen Preistreibererei eingeleitet werden. — Gegen eine Kolonialwarenhandlerin hat das Muzikamt ein Verfahren wegen Preistreibererei eingeleitet, da sie Raffinoni das Pfund mit 45 Mark verkaufte, während der Einkaufspreis für sie nur 28 Mark betrug. — Gegen einen Fettwarenhändler wurde ein Verfahren wegen Preistreibererei mit Delikatesswürstchen eingeleitet. Er nahm für die gleiche Ware zu gleicher Zeit von verschiedenen Käusern verschiedene Preise.

Hamburg. Die Bürgererschaft bewilligte auf einen neuen Dringlichkeitsantrag des Senates hin weitere 100 Millionen Mark für die Gewährung von Vorläufen an Beamte, Angestellte und Arbeiter zum Zweck der Beschaffung von Winterfahrstoffen und Heizmaterial. Der Kampf um die Straßennamen, der im Anschluß an die Ermordung Rathenows entbrannt war, ging langsam und langsam zu Ende. Schon vor diesem Ereignis hatte die Bundesdeputation den merkwürdigen Beschluß gefaßt, mitten ins Aufseeraulande die Gedächtnistafeln an die Stageraffschlacht einzuschmuggeln. Auf Betreiben unierer Parteigenossen hat sich der Senat nun bereitgefunden, den Stageratnamen dort zu freilegen: er will über, weil er die Erinnerung an die Schlacht an sich nicht für anständig hält, den Namen anderwärts verwenden. Der Versuch, die Kaiser-Wilhelm-Straße auszuliegen, ist mißglückt. Unsere Partei hat sich lebhaft dafür eingesetzt, aber die andere Koalitionspartei ging nicht mit. Sie ist zwar auch für

die Republik, die aber das Gedächtnis an die „große Zeit des Kaiseriums“ nicht völlig ausgemittelt wissen. Unsere Partei wollte es bezwegen nicht zu einer Staatskrise kommen lassen. Das rücksichtslose Aufräumen mit monarchistischen Erinnerungszeichen, Denkmälern usw. ist in der ersten Revolutionszeit nun einmal verstaumt worden.

Lüneburg. Verhafteter Raubmörder. Der Raubmörder Müller, der vor kurzer Zeit aus dem hiesigen Zuchthaus ausgebrochen ist, wurde in Gardelegen, wo er sich bei seiner Schwester verborgen hielt, verhaftet und dem Zuchthaus in Lüneburg wieder zugeführt.

Aus der Partei.

Der Bezirkstag für das östliche Westfalen und die Lipptischen Freistaaten tagte Ende September in Herford. Die Mitgliederzahl ist auf 29 512 gestiegen, gegen das Vorjahr um 1954 mehr. Die Ortsvereine haben sich auf 247, um 18, vermehrt. Die Mitgliederzahl in den Jugendvereinen ist von 800 auf über 3000 gestiegen. Das Bildungsweien ist beiseiten ausgebaut worden. Das neue Bruderblatt, die „Wesermarke“ in Minden, erscheint seit dem 1. September in Minden und hat die Zahl der übernommenen „Volkswacht“-Abonnenten schon mehr als verdoppelt. Das „Volkswacht“-Blatt in Detmold hat sich ebenfalls gut entwickelt. Die Zahl unserer Vertreter in den Körperschaften beträgt 1207. Beschlossen wurde, ab 1. Oktober den Beitrag für männliche Mitglieder auf 7 Mk., für weibliche auf 4 Mk. monatlich festzusetzen; die weiblichen Mitglieder erhalten dafür die „Gleichheit“ gratis.

Gewerkschaften.

Lohnerhöhung im Malergewerbe. Der Schlichtungsausschuß beim Reichsarbeitsministerium (Reichsamt für das Malergewerbe) erhöhte die Löhne für Malerhilfen ab 2. Oktober für das ganze Reich durchschnittlich um 15. Mk. für die Stunde, ab 6. Oktober um weitere 15 Mk.

Die Verschmelzung von den Hutmachern abgelehnt. Die 13. Generalversammlung des Verbandes der Hutmacher hatte einen Antrag angenommen, nachmals eine Urabstimmung über die Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiterverband vorzunehmen. Diese hat nun stattgefunden. Von 29 091 Mitgliedern stimmten ab 13 269. Davon waren für die Verschmelzung 6992, dagegen 6133. 124 Stimmen waren unültig. Da eine Zweidrittelmehrheit der Wählenden für die Verschmelzung nicht erreicht wurde, kann der Zusammenschluß nicht erfolgen.

25 Jahre Transportarbeiterverband. Der deutsche Transportarbeiterverband hat anlässlich seines 25jährigen Jubiläums eine umfangreiche, vornehm ausgeführte Festschrift herausgegeben, die eine ausführliche Geschichte der Entwicklung des Verbandes enthält. Neben mehreren anderen Bildern enthält die Festschrift auch die Bilder der 24 Teilnehmer des Gründungskongresses der Zentralorganisation in Altenburg. Reiches statistisches Material gibt Aufschluß über die vom Verbands bisher geleistete Arbeit. Das gut gebundene, auf bestem Papier gedruckte Buch kostet 200 Mark und ist durch den Verband zu beziehen.

Aus aller Welt.

Zum Tode verurteilt wurde in Stettin der Gelegenheitsarbeiter Ruchholz, der den Kaufmann W. in seiner Wohnung beim Abendbrot hinterücks zu Boden geschlagen, dann dem Boden liegenden Mann noch mehrere Schläge verleiht und ihm dann mit einem kleinen Messer die Kehle durchschnitten hat. Als dann stahl er dem Ermordeten eine Taschenuhr und Kette, zog ihm von den Fingern zwei Brillantringe und räumte den Kleiderkasten aus. Aus einer Brieftasche nahm er 1800 Mark. Die

Lafete ließ er in den Hinterhof der Drochtre beschwanden, die ihn nach der Marktat nach seiner Wohnung brachte. Hier zog er den Smokinganzug an, den er geraubt hatte. Dann fuhr er nach Labes zu Verwandten, wo er bis zum 17. Dezember blieb. Als er nach Stettin zurückkehrte, wurde er verhaftet und nunmehr vom Schwurgericht zum Tode verurteilt.

Ein holländischer Journalist tödlich verunglückt. Im Verlaufe der ersten Etappe der D.M.C.-Reichsfahrt, die von Leipzig nach Landeshut in Schleien führte, ereigneten sich infolge der aufgewickelten Straßen mehrere Unfälle. Einen bedauerlichen Ausgang nahm ein Unfall, dem der von Stühr (Amsterdam) gesteuerte Dürkoppwagen zum Opfer fiel. Infolge eines Steuerdefekts fuhr der Wagen gegen einen Baum. Durch den Anprall wurde einer der Insassen, der holländische Journalist van Hoopen aus dem Wagen geschleudert und schlug so stark mit dem Kopf gegen den Baum, daß er bald darauf starb.

Gattenmord. In dem großen Dorfe Mildenan bei Annaberg wurden an dem dort verstorbenen 50jährigen Sattlermeister Neutheer deutliche Anzeichen von Vergiftung wahrgenommen. Als die Frau Neutheers unter dem Verdachte des Gattenmordes verhaftet werden sollte, flüchtete sie aus der Stadt und wurde auf der Straße nach Niederhämdeberg vergiftet aufgefunden. Die Beweggründe ihrer Tat sind noch nicht aufgeklärt.

Für ein Kuber Wein drei Millionen Mark! Bei der Ende voriger Woche in Trier beendeten Weinverkostung des Trierer Vereins von Weingutbesitzern der Mosel, Saar und Ruwer wurde für 1920er Berncastler für 1 Kuber 3 250 000 Mark bezahlt.

Schredensherten im Gefängnis von Corl. Im Gefängnis von Corl in Irland sind gegenwärtig 435 aufständliche Republikaner inhaftiert. Diese weigerten sich kürzlich, nach Beendigung ihres Spazierganges auf dem Hofe zur festgesetzten Zeit wieder in ihre Zellen zurückzuführen. Man gab ihnen 20 Minuten Zeit, dem Befehl zu gehorchen. Als das nicht geschah, eröffneten die Wachmannschaften Feuer auf die Gefangenen, töteten einen und verletzten einen zweiten. Zum Zeichen des Protestes gegen die Brutalität der Gefängnisbeamten sind sämtliche gefangenen Republikaner in den Hungerstreik getreten.

Das Wetter der Woche.

(Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.)

8. Oktober: Ziemlich mild, veränderlich, im W. und N. stark wolkig bis trübe, vielfach starke, im Küstengebiet stürmische SW- bis W-Winde, öfters zeitweise Regenfälle. Der S. bis D. wie die Mitte des Bezirks hat nur vereinzelte Regenschauer bei vorherrschender Trockenheit und lebhaften SW- bis W-Winden. — 9. Oktober: Zunächst aufklarend und meist trocken. Später stark wolkig, auffrischende SO- bis SW-Winde, erhöhte Luftwärme, Nachmittags und nachs Regenschauer. 10. Oktober: Rülter, wechselnd bewölkt, im S. und D. teilweise heiter mäßige NW- bis NO-Winde. Durchweg trocken; nur im N. und NO. vereinzelte, kurze Regenfälle. Reis- und Nachtfrostfahr im N. und im Binnenlande. — 11. Oktober: Veränderlich, teilweise sonnig bis heiter, schwache N- bis O-Winde, Temperatur sinkend. Bis auf den W. und NW. (Küstengebiet) durchweg trocken und kalt. Nachts Reis- stellenweise leichter Frost. — 12. Oktober: Wetteränderung. Trübura bei stark auffrischenden SO- und S-Winden. Nach kalter Nacht tags milder, vielfach starke SO- bis S-Winde. Nachmittags erneute, west-östwärts ausgebreitete Regenfälle. — 13. Oktober: Ziemlich mild, vorwiegend trübe, starke, im Küstengebiet stürmische SW- bis W-Winde, ausgebehrte, teilweise ergiebige Regenfälle im ganzen Bezirk.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schula; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Wener & Co., sämtlich in Lübeck.

SUNLICHT

SEIFE

erhält-infolge ihrer Milde und Reinheit~
die teure Wäsche, welche jetzt ein Kapital darstellt.
Die Herstellung der SUNLICHT SEIFE wird ständig fach-
männisch überwacht.-Sunlicht Seife ist preiswert.

Amlicher Teil.

Bekanntmachung.

Die Senate der drei freien Hansestädte haben auf Grund der von dem Senat von Bremen vorgenommenen Wahl den Richter bei dem Amtsgericht in Bremerhaven Dr. jur. Ernst Reinbeck auf den 1. Oktober 1922 zum Rat am Hanseatischen Oberlandesgericht ernannt. (7776)

Pferdemarkt.

Der dritte diesjährige Pferdemarkt findet am 12. Oktober d. J. auf dem Plage nördlich der alten Kaserne statt. Für jedes Pferd ist ein Anbindegeld von 50 Pf. zu entrichten. Pferde mit ansteckenden Krankheiten dürfen nicht an den Markt gebracht werden. Lübeck, den 4. Oktober 1922. (7772) Das Polizeiamt.

Freibadeanstalten

Moisling, Finkenberg, Falkenwiese und Macli werden am Sonnabend, dem 7. d. Mts. geschlossen. (7768) Das Polizeiamt.

6. Nachtrag zur städtischen Abfuhrordnung vom 1. April 1919.

Der § 4 enthält folgende Fassung:
Die Gebühr wird am Monatsletzten nachschüssig erhoben und beträgt monatlich:
a) Wenn es vom Hausbewohner an den Wagen gebracht oder unmittelbar am Eingang des Grundstückes bereitgestellt wird. * 2.-
b) Wenn es aus dem Erdgesch., dem

Garten oder vom Hofplatz abgetragen wird. * 18.-
c) Wenn es aus dem Keller oder dem ersten Obergesch. abgetragen ist. * 27.-
In das Gefäß aus nach höheren Geschossen abzutragen, ist erhöht sich die Gebühr um * 9.- für jedes weitere Gefäß.
Die Gebühr erhöht sich um * 9.-, wenn das Gefäß von einer Stelle abzutragen ist, die in der Ebene gemessen, mehr als 50 Meter von der Straße entfernt ist.
Für Blech, Eisen und Schlacken beträgt die Abfuhrgebühr für jedes Gefäß * 450.
Die Abfuhr von Sägen- und Gemüßabfällen ist unentgeltlich.
Diese Verordnung tritt mit dem 1. Oktober 1922 in Kraft. Lübeck, den 22. September 1922. (7771) Das Polizeiamt.

Die libellöse Strafanzeige haben im Monat September erworben:
Helene Friederike Karoline Louise Agaz, Witwe Elisabeth Anna Frieda Behrens geb. Peters,
Hofbeamter Johann Theodor Stroszeitis, Johanne Wilhelmine Bülow geb. Kiehl, Sophie Hermine Johanne Barmeister geb. Horn,
Rechtsanwalt Georg Gustav Heinrich Dehmz, Rechtsanwalt Johann Wilhelm Sophie Maria Ehlers,
Witwe Karoline Friederike Freiwald geb. Gall, Elektrikermeister Alfred Otto Karl Händel, Margaretha Katharina Margarethe Hansen, Rentmeister August Hoppz,
Witwe Wilhelmine Hermine Marie Jansen geb. Decker,
Bauingenieur Wilhelm Carl Otto Knoll, Zahnarzt Hans August Kraußler.

Wächter Karl Ludwig Loffau, Witwe Adelheide Elisabeth Marold geb. Binder,
Kapitän Heinrich Robert Müller, Volksturnermeister Max Olfen, Schmiedegeselle Ernst Hermann Paul Reiste, Gemeindeführerin Käthe Hanna Schaefer, Arbeiter Heinrich Joachim Hans Schmidt, Oberlehrer Alfons Carl Ludwig Schulz, Arbeiter Eduard Schulz, Maschinenmeister August Rudolf Steege, Stallmeister und Reitlehrer Leon Stoppel, Kontoristin Frieda Johanne Stoppel, Verta Dorothea Elisabeth Szanguleit geb. Keil, Konjunge Emma Beremehren, Schneider Robert Heinrich Friedrich Wilkens. Lübeck, den 1. Oktober 1922. (7781) Das Stadt- und Landamt.

Nichtamtlicher Teil.

Die Geburt eines **Stammhalters** zeigen freudig an (7798) Dr. Fr. Meier u. Frau Lübeck-Roßling.

Zwei junge Männer suchen leeres Zimmer zu mieten. Ang. u. A 457 an die Exp. d. Bl. (7786) Gef. u. jof. Tagesmädch. (7788) Yorkstr. 61.

Guter Herren-Fahrrad zu kaufen gef. Ang. u. A 454 an die Exp. (7776) Ein geb. Fahr. od. -Ges. u. A 455 an die Exp. (7777) Bettstelle mit Matrage zu kaufen gef. Ang. u. A 456 an die Exp. (7778) Fertel billig zu verk. Beier, Sattler, (7794) Bogenstr. 5a

Für die vielen Krankeiden und Verleibefänge bei der Beerbigung meiner lieben Frau, sowie Herrn Papst Papstbeden für die wörrreichen Worte dankt im Namen der Hinterbliebenen (7797) C. Harnack.

Heizungsmonteur

selbständig arbeitend, stellen sofort ein

Ottmann & Münnemann,

Fabrik für Heizungsanlagen, Breite Straße 27. 7770

Herr Dr. med. H. B., Kreisphysikus in Lübeck, hat in der runden Schachtel gegen Gicht, **Jacob-Friso** angegeben. Das ist ein gutes Mittel, das die Gicht aus dem Körper treibt und die Schmerzen lindert. Es ist ein bewährtes Mittel, das in jeder Apotheke zu haben ist. (7770)

So lange Vorrat reicht:

la. Bratenfett

Pfund 210 Mt. 7701

Paul Burmester jun.,

24 Holstenstr. 24